

STADT WETTER (RUHR)

Reden der Fraktionen zum Haushalt

2014

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Wetter(Ruhr)
Fraktionsvorsitzender John Fiolka

Wetter(Ruhr), 19.12.2013

Rede im Rat der Stadt Wetter(Ruhr) zum Haushaltsplan 2014

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen aus Rat und Verwaltung, sehr geehrte Frau Schlenga, meine sehr geehrten Damen und Herren,

dem Bürgermeister und dem Kämmerer ist es wieder gelungen, uns einen genehmigungsfähigen Haushalt vorzulegen. Dank der geänderten Gemeindeordnung kann für 2022 noch ein Ausgleich im Haushaltssicherungskonzept dargestellt werden. Mit zeitlich gestreckten Konsolidierungsmaßnahmen – *allerdings nur ohne neue, zusätzliche Belastungen*- ist es möglich, als Dienstleister für die Bürgerinnen und Bürger und bei der Zukunftsentwicklung der Stadt Wetter weiterhin **handlungsfähig zu bleiben**.

Dies war in den letzten Jahren stets erklärtes Haushaltsziel der **SPD-Fraktion**. Und im Bewusstsein der kommunalen Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern stimmten die meisten Fraktionen des Rates auch für diese Handlungsfähigkeit.

Nur den Grünen ist der Blick auf dieses Ziel, auf das große Ganze, wegen ihrer Fokussierung auf die Rechtskonformität im schon lange nicht mehr möglich

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

immer noch beträgt das strukturelle Defizit mehr als 8 Mio Euro und der Kreditbedarf für die Liquidität liegt bei 30 Mio Euro, also: eine äußerst schwierige Haushaltslage! Auch aktuell geringe Einkommensverbesserungen helfen uns hier nicht aus der Haushaltssicherung!

Nur durch konsequente Konsolidierungsmaßnahmen mit Verbesserung der Einnahmenseite und Verringerung der Ausgaben gelingt die wichtige Darstellung eines Ausgleiches für den Haushalt 2022. Dieser Linie gilt es zu folgen, um das Heft des Handelns weiter in der Hand zu behalten. Nur so, mit Zustimmung zum Haushalt, können noch freiwillige Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger gestaltet werden. Nur so bestimmen wir auch den Fortschritt unserer wichtigsten Stadtentwicklungsprojekte, wie der Sanierung der Unteren Kaiserstraße und den Ausbau der vorbildlichen Sekundarschule. Die **SPD-Fraktion** möchte u.a. den großen Sportvereinen weiterhin helfen können, sei es bei der Realisierung eines Sportlerheimes am Brasberg, durch finanzielle Hilfestellung bei notwendigen Infrastrukturverbesserungen oder durch Zuschüsse, um der gestiegenen Energiekosten Herr zu werden. Wir wollen auch weiterhin unsere Kinderspielplätze beispielbar und attraktiv erhalten und die für viele Familien so wichtige Ferienfreizeit „Bauspielplatz“ weiterhin anbieten können und wir wollen 2014 auch die aktuell vom Gymnasium dringend geforderten Bodenbelags-erneuerungen in sieben Klassen noch zusätzlich realisieren.

Freiwillige Leistungen sind aber nur mit einem verabschiedeten und genehmigten Haushalt möglich. Ich appelliere hier an das Verantwortungsbewusstsein aller Ratsfraktionen, unsere Bürgerinnen und Bürger, aber auch unsere Vereine nicht im Regen stehen zu lassen!

In unserer defizitären Haushaltslage können wir auf Konsolidierungsmaßnahmen, wie der mit der CDU für das Hasiko beschlossenen kontinuierliche Verbesserung der Einnahmen durch Anhebung der Gewerbe- und Grundsteuer auf 490 %-Punkte, nicht verzichten. Zumal, wenn man möglichen Erlösen aus AVU-Aktiendividenden in Höhe von 300 TEUR/Jahr misstraut und sie aus dem Haushalt nehmen möchte. Für einen Ausgleich wären 30 Grundsteuerpunkte –Erhöhung notwendig! Wenn man dazu berücksichtigt, dass die ELAG/Einheitslastenabrechnungsgesetz-Rückzahlungen –nach erfolgreicher Klage- vom Kommunal soli und den Kosten für den gestiegenen Aufwand für Bauunterhaltungsmaßnahmen und Erstattungen an Träger der Jugendhilfe aufgeessen werden, ist ansonsten kaum mit einer Einnahmenverbesserung zu rechnen.

Auch die vor drei Wochen veröffentlichte leicht optimistische Steuerschätzung bietet keine Perspektive, die Kommunen bei ihren aufgelaufenen, gravierenden Finanzproblemen spürbar zu entlasten! Zumal weiterhin das Konnexitätsgebot kontinuierlich missachtet wird! Nahezu jede dritte Gemeinde ist nicht mehr imstande, den Haushaltsausgleich innerhalb der mittelfristigen Finanzplanung darzustellen. Mehr als 23 Mrd. € haben diese Gemeinden an Liquiditätskrediten aufnehmen müssen. Fast in jeder zehnten Gemeinde fehlt es mittlerweile an Eigenkapital. (Präambel Stärkungspaktes Stadtfinanzen)

Wie sieht es mit Hilfen von Bund und Land aus?

Ich würde sagen „bescheiden, aber die Hoffnung stirbt zuletzt“!

Neben der Übernahme der SGB-II-Kosten muss der Bund seiner Verantwortung für die Zahlung der Sozialtransferekosten gerecht werden. Es bleibt zu hoffen, dass die neue Bundesregierung den Kommunen wieder eine solide, tragfähige Finanzbasis verschafft! Hierzu gehören u.E. auch ein angekündigtes Bundesleistungsgesetz oder die Anschlussfinanzierung der Schulsozialarbeit. Hilfreich wäre auch ein weiteres Konjunkturpaket, um wichtige infrastrukturelle Defizite zu mildern. Wie hoch die Entlastung Wetters aus den aktuellen GROKO-Beschlüssen zu Eingliederungshilfen tatsächlich sein wird, ist heute noch völlig offen.

Und der kommunale Stärkungspakt Stadtfinanzen des Landes NRW weist große Gerechtigkeitslücken bei der Festlegung von „abundanten“ – angeblich reichen- Gemeinden und der Komplementärmittelfinanzierung auf. Diese nicht vorhersehbare Belastung -für Wetter jetzt über 300 TEUR/Jahr - ist für viele betroffenen Kommunen kaum zu stemmen und treibt sie in die Haushaltssicherung oder sogar in die Überschuldung und in Nothaushalte!

Vielleicht hilft hier tatsächlich nur eine gemeinsame Klage, Ungerechtigkeiten des Gesetzes rückgängig zu machen, wie beim ELAG, dem Einheitslastenabrechnungsgesetz NRW.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Durch dieses Problem bekommt die haushaltsrechtliche Bereitstellung von Mitteln, aus der sich aktuell bietenden Gelegenheit, energiepolitisch bei der AVU mehr Einfluss zu bekommen, einen neuen Stellenwert. Bisher profitieren wir in Wetter – ohne Aktien- nicht von den Gewinnen unseres Energieversorgers, der AVU-AG.

Dem Bürgerwillen im Energiesektor zu entsprechen, ist heute kaum möglich.

Nur mit größerem Einfluss könnte Wetter bei der Energieversorgung und der Klima- und Umweltschutzausrichtung mitreden und dazu leichter das Ziel angehen, die städtische Beleuchtung zurück zu erwerben.

Mit 5% Aktienanteil wäre Mitsprache über ein Aufsichtsratsmandat möglich.

Die AVU ist dabei nicht mit RWE zu vergleichen. Sie hat keine Kraftwerksprobleme, ist für die Kommunen und die heimischen Unternehmen Netzbetreiber und Energielieferant. Der Energieeinkauf orientiert sich an den vertraglich gesicherten Mengenabnahmen. Daher ist u.E. das Risiko – auch bei Betrachtung der in der Vergangenheit kontinuierlich gezahlten Dividende- beim Erwerb von 5% AVU-Aktien eher gering einzuschätzen!

Eine weitere Alternative, energiepolitisch Einfluss zu gewinnen, wird aber richtigerweise auch untersucht, nämlich die Gründung einer Netzgesellschaft. Dabei ist der Kapitalbedarf nicht so hoch, aber eben auch der Gewinn und somit auch der entlastende Beitrag für unseren Haushalt. Und der Versuch eigene Stadtwerke zu gründen, wurde vor 20 Jahren trotz vorliegender unterschriftsreifer Verträge nach Prüfung des Finanzamtes u.a. wegen der Größe Wetters aufgegeben. Ob es sich in Kooperation mit einer Nachbarstadt rechnen könnte ist vielleicht auch eine Überlegung wert.

Die SPD-Fraktion unterstützt den Bürgermeister hier weiterhin in seinem Bemühen, durch Verhandlungen energiepolitisch mehr Einfluss zu bekommen. Eine mögliche politische Ausrichtung (Aktienkauf oder Netzgesellschaft oder status quo) wird erst nach weiteren intensiven Gesprächen, Informationen für alle Ratsmitglieder und intensiver Beratung, Rentabilitätsprüfungen und Risikoabwägung im Rat erfolgen.

Unsere Grünen sollten bei der Froge des energiepolitischen Einflusses ober einmal auf ihre progressiven Parteimitglieder in Tübingen oder Berlin blicken, die hierzu öhnliche weitreichende mutige Entscheidungen getroffen haben!

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

die SPD-Fraktion setzt sich –durch Zustimmung zum Haushalt- dafür ein, dass wir für unsere Bürgerinnen und Bürger weiterhin freiwillige Leistungen für viele Lebensbereiche bezahlen und gestalten können, wie z.B. im Sportbereich bei Sportlerheimen, Kunstrasenplätzen, Turnhallen oder durch Verzicht auf Energiekostenbeiträge bei den SfL-Mitgliedern.

Um dies zu gewährleisten sind viele Konsolidierungsmaßnahmen in den nächsten Jahren erforderlich, wobei die rückläufige und deutlich schwankende Einnahmesituation zu einer verschärften Fehlbetragsentwicklung führen kann. So haben die Ausgaben im Bereich der öffentlichen Jugendhilfe dramatisch zugenommen.

Der Anteil der Transferaufwendungen, wie soziale Leistungen, Kreis- und Gewerbesteuerumlage, steigt kontinuierlich an: von 37 % in 2002 auf 49,8 % in 2014! Betrachtet man hierzu die Kreishaushaltsplanung 2014-17, so führt diese 2015 für die Stadt Wetter zu von 420 TEUR. Und ohne Anschlussvereinbarung bei der Finanzierungsbeteiligung an den SGB II-Aufwendungen wird Wetter ab 2016 zusätzlich mit einem sechsstelligen Betrag belastet! In den letzten zehn Jahren hat sich unsere Steuerkraft um 43,9 %, der Umlagebedarf des Kreises allerdings um 57,5 % erhöht! Auch erhöhte sich beim Kreis in den letzten 13 Jahren die Anzahl der Stellen, in Wetter wurden dagegen 23 Stellen abgebaut! Diese Entwicklung einer kontinuierlich erhöhten anteiligen Umschichtung von städtischen Steuermitteln an den EN-Kreis muss dringend gebremst werden! Zumal auch die Übernahme der Grundsicherung durch den Bund ab 2014 – plus 19 Mio € für den Kreis – den Trend der Belastungserhöhungen des Kreises kaum beeinflusst, damit werden nur höhere Kosten gedeckt! Betrachtet man diese Auswirkungen genauer, so ist festzustellen, dass Umlagesteigerungen gegenüber unserer HASIKO-Planung bei uns zu höherem Eigenkapitalverzehr führen, also zur Reduzierung der allgemeinen Rücklage oder zu zusätzlichen Belastungen der Wetteraner Bürgerinnen und Bürger. Dies unterscheidet uns vom umlagefinanzierten EN-Kreis! Wir appellieren daher an den Kreis, den Umlagehebesatz zukünftig deutlicher an den finanziellen Möglichkeiten der kreisangehörigen Städte auszurichten und dazu seine eigenen freiwilligen Leistungen zu hinterfragen, um uns so gering wie möglich zu belasten! Hierzu gehört u.E. auch die Einflussnahme auf deutliche Konsolidierungsanstrengungen beim LWL.

Zur Ehrenrettung des Kreises konnten wir aktuell bei der Haushaltsverabschiedung eine „leichte Entlastung“ der Städte um 0,2 % zur Kenntnis nehmen! Ich hoffe, der Trend hält an! (Stellgn. Wetter zur Beherrschungsstellung . n.§ 55KrO)

Für das Ziel der aktuellen Haushaltsplanung in Wetter 2022 aus der Haushaltssicherung zu kommen, sind folgende Finanzerträge unabdingbar, nämlich

- die „Gewinnabführung des Stadtbetriebes“ in Höhe von 1,25 Mio. € /J und
- die leider notwendige Konsolidierungsmaßnahme „Anhebung der Grund- und Gewerbesteuer auf 490 v.H.-Punkte ab 2014“, wobei in Wetter in der Grundsteuer auch die Gewässerunterhaltung und Aufwendungen für den Straßenreinigungs- und Winterdienst enthalten sind! Vier von neun Kreiskörperschaften logen 2013 bei der Gewerbesteuer bei 490 v.H.-Punkten und nur Ennepetal und Breckerfeld logen unter unserem Grundsteueransatz! Diese Festlegung für das HASIKO wurde im Rat mit Mehrheit bereits vor zwei Jahren getroffen.

Unsere Mitbürger wissen genau: Nur durch langfristig planbare verlässliche Verbesserung auf der Einnahmenseite gibt es noch Gestaltungsspielraum für freiwillige Leistungen, im Schul-, Sport- oder Kulturbereich! Wir können nicht planen, wenn wir jedes Jahr erst auf die Entwicklung der Ertragsseite warten. Denn wir wissen alle, dass z.B. die Gewerbesteuer-einnahmen stark –in Mio. € -Höhe- schwanken! Auch lassen die gestiegenen Energiepreise „Einsparungen in Gebäuden“ nicht in bisher veranschlagten Höhe zu und im Bereich der „Hilfen zur Erziehung“ muss der gute und richtige Weg eines Präventivkonzeptes erst noch weiter entwickelt und ausgebaut werden, um hier eine Kostenreduzierung zu erreichen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

endlich kann die Sanierung im Bereich der unteren Kaiserstraße begonnen werden! Lange, ja zu lange, mussten wir auf den Bescheid für die Fördermittel zur Sanierung der unteren Kaiserstraße warten. Immer wieder wurden wir hingehalten, immer wieder erreichten uns Hiobs-Botschaften über veränderte Förderprioritäten, trotz der positiven Stellungnahmen mehrerer Minister bei ihren Besuchen hier bei uns. Daher hat die SPD-Fraktion die Position des Bürgermeisters begrüßt und unterstützt, zur Not auch ohne die Fördermittel zu beginnen.

Einen wie immer halbherzigen Vorschlag der Grünen, mit etwas Teer die holprige Fahrbahndecke zu kaschieren, haben wir deshalb kategorisch abgelehnt. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten von ihren gewählten Ratsmitgliedern mutige Entscheidungen, um das Gemeinwohl auch in schwierigen Lagen voranzubringen, wie z.B. auch beim Ruhrtal-Center, um nicht länger durch immer neue Bedenken wichtige Realisierungen zu verzögern oder diese gar zu verhindern.

Zum Glück sind die ersten Finanzmittel endlich zugewiesen, so dass die Bürgerinnen und Bürger den attraktiven und verkehrsberuhigten Ausbau (Tempo 20) 2014 beobachten können. Auch wird der Bau des Kreisverkehrs an der Kreuzung Friedrichstraße wohl vorgezogen werden können, da sich in der Zeit des Neubaus der Oberbergbrücke das Verkehrsaufkommen deutlich reduzieren wird und somit die Straßenbaumaßnahmen zügig abgeschlossen werden können.

Erst mit Abschluss der Einzelmaßnahmen im Bereich der unteren Kaiserstraße wird die Stadtentwicklung im Bereich Alt-Wetters abgerundet und vorläufig abgeschlossen.

Die **SPD-Fraktion** setzt sich natürlich auch für die weitere städtebauliche Entwicklung aller Ortsteile ein:

Wenn hoffentlich kurzfristig ein neues Einzelhandelsunternehmen in Wengern das Nahversorgungsdefizit -nach der Geschäftsaufgabe von EDEKA- , nach angekündigtem Umbau, wieder ausfüllt, können sich die Bürgerinnen und Bürger darüber hinaus hier auf die Attraktivierung der Aufenthaltsqualität durch den Bau eines „Dorfplätzchens“ freuen, das ja im offenen Bürgerdialog entwickelt wurde.

In Volmarstein haben wir die Einrichtung eines CAP-Marktes der AWO begrüßt und bitten hier alle Einwohner, das Angebot auch zu nutzen. Auch werden wir uns für den Fortführung des Cafes einsetzen.

Mit Abschluss der Baumaßnahmen „Sekundarschule“ bietet die Stadt Wetter, allen Schülerinnen und Schülern neben dem Gymnasium ein zweites außerordentliches weiterführendes Schulangebot an. In vorbildliche Weise wird hier Inklusion – wie an allen Schulen in Wetter- realisiert und gelebt! Die nötigen Haushaltsmittel stehen mit Haushaltszustimmung zur Verfügung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Weit über die Stadtgrenzen hinaus fand die Erarbeitung des Aktionsplans „Menschengerechte Stadt Wetter“ Beachtung und Anerkennung. Besonders um die außerordentliche Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger beneidet man uns.

Die **SPD-Fraktion** bedankt sich hierzu bei allen Aktiven und wird die Weiterentwicklung der ausgewählten wichtigsten Maßnahmen unterstützen. Für uns ist der Titel „Menschengerechte Stadt Wetter“ auch politischer Ansporn und Leitbild für die Entwicklung unserer Stadt, einer Stadt, „in der es normal ist, verschieden zu sein“! (BM-Grußwort)

Vorzeigbar sind auch unsere Anstrengungen und Ergebnisse im Umwelt- und Klimaschutzbereich. Der Standort Wetter wird somit durch eine aktive und nachhaltige Klimapolitik gestärkt. Wir handeln auf der Basis eines Klimaschutzkonzeptes, haben eine gelungene Kooperation mit einer aktiven Lokalen Agenda, beteiligen uns am European Energy Award, haben Passivhausstandard und ehrenamtliche Klimabotschafter. Wir haben eine Stromtankstelle für biker und ersetzen in vielen öffentlichen Gebäuden alte Leuchtkörper durch moderne LED-Leuchten. (BM HH-Rede 2013)

Wir sind stolz auf die Leistungen unsere freiwillige Feuerwehr und des örtlichen THWs. Unser Dank gilt heute insbesondere für den außerordentlichen Einsatz beim dramatischen Juni-Hochwasser in Wengern. Für ihre unbürokratische und schnelle Hilfe danken wir auch dem Stadtbetrieb und der Verwaltung. Im Dialog mit den Anwohnern wurden mittlerweile erste wichtige Baumaßnahmen zur Verhinderung erneuter größerer Hochwasserschäden angegangen. *Wahrlich prompte Hilfe!*

Auch bei der Bewältigung der Brandauswirkungen am Kindergarten Reuter-Haus arbeiteten TSE-Vorstand und Verwaltung schnell an einem Ersatzkonzept. Unser Dank gilt den Handelnden aber auch den vielen Spendern!

Zum Schluss möchte ich noch einmal an das Wahlergebnis unseres Bürgermeisters Frank Hasenberg erinnern. 2/3 der Bürgerinnen und Bürger haben der von ihm repräsentierten Entwicklungsrichtung unserer Stadt zugestimmt. Die Bürger sehen in ihm den Garanten für: Haushaltssolidität und Verlässlichkeit mit wirtschaftlicher und sozialer Kompetenz. Eine Verweigerung der Zustimmung zu einem von ihm repräsentierten zustimmungsfähigen Haushalt wäre deshalb aus meiner Sicht eine klare Missachtung des Bürgervotums!

Ich appelliere mit der **SPD**-Fraktion an Einsicht und Vernunft, das große Gesamtziel nicht aus den Augen zu verlieren:

zur weiteren Ausgestaltung einer menschengerechten Stadt Wetter(Ruhr) -durch Zustimmung zum Haushalt- handlungsfähig zu bleiben!

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit.

**CDU Fraktion
im Rat der Stadt Wetter(Ruhr)**

**Peter Pierskalla
Fraktionsvorsitzender
Kaiserstrasse 89
58300 Wetter(Ruhr)
Tel.: 02335/5187**

Wetter(Ruhr), 19.12.2013

Haushaltsrede der CDU Fraktion Wetter(Ruhr)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von Rat und Verwaltung,
mein recht herzlicher Gruß gilt auch unseren anwesenden Einwohnerinnen und
Einwohnern sowie den Vertretern der lokalen Medien

Dies sind nun die letzten Haushaltsberatungen des amtierenden Rates. Es ist also
Gelegenheit, einen kurzen Blick zurückzuwerfen. Von 2009 bis jetzt haben wir
mehrere Großprojekte abschließen können bzw. eingeleitet. So z.B. die
Fertigstellung des Einkaufszentrums sowie die Gestaltung des
Bahnhofvorplatzes. Die Renovierung des Waldstadions wie auch die kürzlich
abgeschlossenen Renovierung des Brasberg belegen den guten Ruf unserer Stadt
Wetter(Ruhr) als eine auch im Sportbereich engagierte Kommune. Die
Sanierung der Ruhrmauer ist nunmehr nach langem Vorlauf ebenfalls endlich
durchgeführt worden. Bezüglich der Sanierung Untere Kaiserstr. haben wir
allerdings sehr viel Geduld aufbringen müssen.

Zwischen Hoffen und Bangen war unserer Bandbreite bezüglich der
notwendigen Entscheidung des Landes NRW in 2013 auf Bezuschussung dieser
Maßnahme. Letztendlich hat es geklappt. In Erinnerung habe ich in diesem
Zusammenhang auch noch unser Programm „Ab in die Mitte“, wo auf breiter
Basis- Politik, Verwaltung, unsere Bürgerschaft und Geschäftsleute- alle an
einem Strang gezogen haben und zwar alle in die gleiche Richtung. Wir
bedanken uns bei allen Beteiligten, welche gemeinsam zu diesem Erfolg
beigetragen haben.

Bei aller Euphorie bezüglich der Kaiserstrasse werfen wir aber auch einen
sorgenvollen Blick auf die Osterfeldstrasse. Wir können weder als Verwaltung
noch als Politik jemanden zwingen, einen Lebensmittelstandort zu erhalten bzw.
neu zu betreiben. Aber wir werden unseren Beitrag dazu leisten im Sinne des
Ortsteils Wengern möglichst zeitnah ein tragbares Konzept zu entwickeln.

Auch bei dem Leuchtturmvorhaben Sekundarschule haben wir die Weichen gestellt, die Vollendung des geplanten Neubaus wird in der nächsten Ratsperiode erfolgen. Diese Investitionen sind auch in schwierigen finanziellen Zeiten notwendig, um Wetter(Ruhr) als attraktiven Schulstandort zu erhalten. Hier erreicht uns in der letzten Woche in Ergänzung zu unseren Haushaltsberatungen die Botschaft, dass ein verändertes Brandschutzkonzept mit Mehrkosten von 230.000,--€ zu Buche schlägt. Auch die Architekturleistungen werden sich nochmals deutlich erhöhen, so dass wir mittlerweile von 3,1 Mill. € an Kosten reden. Sicherlich ist Investition in Bildung eine Investition für die Zukunft. Trotzdem beauftragen wir hiermit die Verwaltung ausdrücklich eine entsprechende Vorlage für den nächsten SKA zu erstellen, um diese Kostensteigerung zumindest mal diskutieren zu können.

Nun zum Haushalt 2014

Wir haben aufgrund eines Antrages der CDU Fraktion vom 21.11.2013 die Haushaltsberatungen auf den heutigen Tag verschoben, verknüpft mit dem Auftrag an unsere Verwaltung uns ein genehmigungsfähiges HSK auch ohne die umstrittene AVU Beteiligung darzulegen. Dieses neue Konzept lag uns zu unserer Fraktionssitzung am 16.12.2013 nicht vor. Dies ist bedauerlich und für uns nicht nachvollziehbar. Was greift ist eine mündliche Information aus einem interfraktionellen Gespräch vom 09.12.2013, dass der Haushaltsausgleich auch ohne die AVU Beteiligung mit einem Überschuss von 421 Tsd. Euro in 2022 darstellbar ist. Da ich zum Zeitpunkt der Verfassung meiner Haushaltsrede keine anderen Informationen hatte, steige ich mit diesem Wissen mal in die heutige Tagesordnung ein.

Dies war der erste Grund für unseren Antrag, der zweite Grund war der Kommunal-Soli.

Ohne Rücksicht auf tatsächliche kommunale Vermögensverhältnisse wurde eine Umlage angekündigt, die unsere Kommune zusätzlich belastet. Der massive Protest anderer Kommunen, dem sich der Rat der Stadt Wetter letztendlich etwas zögerlich in einer gemeinsamen Erklärung angeschlossen hat, führte zumindest zu einer Halbierung der Umlage. Dies waren unsere Informationen am 12.11.2013.

Am 19.11.2013 erfahren wir dann, dass diese steuerliche Fehlentscheidung jetzt um zwei weitere Jahre verlängert worden war. 2 Tage vor dem Beginn der geplanten Haushaltsberatungen am 21.11.2013 durften wir noch mal neu durchstarten und die Haushaltsberatungen dann auf das heutige Datum verschieben. Diese Vorgehensweise der aktuellen Landesregierung in NRW war doch ein Stück aus dem Tollhaus. Wie dieser Kommunalsoli berechnet wird, erschließt sich selbst Fachleuten nicht. Für uns als Kommune bleibt die bittere Erkenntnis, dass wir - ohnehin von finanzieller Magersucht gezeichnet - nun noch zusätzlich auf Diät gesetzt werden sollen.

Wir sollten aber weiterhin an einer vollständigen Beseitigung dieser Belastung arbeiten und uns ggf. auch weiterhin für die Klage hiergegen stark machen. Die CDU Fraktion geht davon aus, dass auch diese nachgebesserte Belastung nicht gerichtsfest ist.

Wenden wir uns jetzt der Entwicklung für das kommende Jahr zu. Der Fehlbetrag im Haushalt 2014 bei Eröffnung der Haushaltsberatungen am 19.09.2013 betrug rund 8,5 Mio. Euro. Wo sind die Kostentreiber hierfür (gegenüber der Planung des Vorjahres):

- Personalaufwendungen + 0,8 Mio. Euro
- Sach- und Dienstleistungen + 1,0 Mio. Euro
- Bilanzielle Abschreibungen + 0,5 Mio. Euro
- Transferaufwendungen + 2,8 Mio. Euro
- Sonstige Aufwendungen + 0,3 Mio. Euro

Wieso die Personalaufwendungen gegenüber der Planung des Vorjahres so stark ansteigen müssen, erschließt sich uns nicht.

Die Erhöhungen der Sach- und Dienstleistungen verteilt sich über eine Vielzahl von Einzelpositionen. Eine hinreichend tiefe Beurteilung der Einzelmaßnahmen ist für die ehrenamtlichen Ratsmitglieder kaum möglich. Zumal keine tatsächlichen Vergleichszahlen für die Vergangenheit mangels vorliegender Jahresabschlüsse greifbar sind.

Trotz allem muss unser Hauptaugenmerk auf das Erfordernis gerichtet sein, einen ausgeglichenen Haushalt bis 2022 darzustellen.

Wir wandeln hier aber nach wie vor auf einem ganz schmalen Grat.

Zumal wir mit schöner Regelmäßigkeit mit ungeplanten Ausgaben konfrontiert werden. Die Mehrkosten Sekundarschule habe ich bereits erwähnt.

Hinzu kommt die zwingend notwendige Sanierung des Rathauses (Kosten + 150.000,--€) sowie die auch nicht neue Erkenntnis das unser Hallenbad in einem sehr maroden Zustand ist.

Auch hier wurden wir mal eben mit Mehrkosten von ca. 600.000,--€ netto bezogen auf die erste Sanierungsstufe konfrontiert, wir sind aber als CDU Fraktion letztendlich bereit diese **erste** Maßnahme mitzutragen. Auch ständig steigende Energiekosten bei städtischen Immobilien belasten unseren Haushalt zusätzlich. Konkret waren dies in 2013 192.000,--€ mehr als geplant.

Kreisumlage

Und wenn wir glauben auch mal ungeplante Einnahmen kassieren zu können, kommt es natürlich wieder anders als gedacht.

Es ist schon bemerkenswert, dass trotz massiver Entlastung bei den Sozialkosten durch den Bund diese Beträge im EN-Kreis nicht den angeschlossenen Kommunen zugute gekommen sind. So hat der EN-Kreis bezüglich der Kosten der Grundsicherung im Alter rund 5,5 Mio. Euro zusätzlich erhalten, die aber bei uns anteilig nicht ankommen, da der Kreis selbst deutlich höhere Kostensteigerungen dagegen stellt. Die Entlastung wird also vollständig aufgezehrt. Kommentierung unseres Landrates am 15.10.2013 hierzu: „Der Schlüssel zur Lösung der strukturellen Finanzkrise von Städten und Kreisen liegt in Düsseldorf und Berlin. Die Krux ist die Unterfinanzierung des Kreises, weshalb wir uns das Geld aus den Städten holen müssen.“

Und zahlen, meine lieben Mitbürgerinnen und Mitbürger tun wir letztendlich alle. Abfallgebühren müssen erhöht werden, jährliche Strompreiserhöhungen sind mittlerweile Standard, Grund und Gewerbesteuersätze kennen seit Jahren auch nur eine Richtung, ständig steigend. Wir betrachten als CDU Fraktion Steuererhöhungen als nun wirklich letztes Mittel der Haushaltskonsolidierung, aber diese von Oben nach Unten aufgedrückten Rahmenbedingungen nehmen uns die Luft zum Atmen.

Eine Verbesserung erscheint aber zukünftig möglich. Die Kreisumlage wurde aktuell geringfügig gesenkt, unsere neu gewählte Bundesregierung hat weitere Entlastungen für die Kommunen vorgesehen. Auch eine Rückerstattung bezüglich des Solidarfonds deutsche Einheit wird zu einer gewissen Entspannung beigetragen. Aber wo gegeben wird, wird dann, wie soeben dargestellt, auch sehr gerne gleich wieder genommen.

Herausragender Punkt der diesjährigen Haushaltsberatungen ist eindeutig der Gedanke gewesen sich am lokalen Energieversorger AVU zu beteiligen. Hier gab es vier Optionen:

- (1) Aktienbeteiligung an der AVU
- (2) Netzbeteiligung
- (3) Gründung eigener Stadtwerke auch unter Einbeziehung von Nachbar Kommunen
- (4) Beibehaltung des jetzigen Zustandes

De facto wurde aber nur noch die erste Option im Städtischen Haushalt favorisiert. Hier sollten 14,4 Mill. € auf Darlehensbasis in die Hand genommen werden, um ein Aktienpaket der AVU zu erwerben.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,
Wir haben als CDU Fraktion bei den Haushaltsberatungen 15 von 16 Produktgruppen unsere Zustimmung gegeben.
Aber diesem Aktiendeal werden wir nicht zustimmen, davon ist letztendlich auch unserer Zustimmung zum Haushalt abhängig.

Wir werden daher die Streichung dieser Position aus dem Haushalt beantragen. Da die Option Netzbeteiligung offensichtlich von der AVU nicht favorisiert wird, die Gründung eigener Stadtwerke ebenfalls keine Option sein wird, sollten wir hiermit dieses Projekt heute zu den Akten legen und den derzeitigen Zustand beibehalten.

Stichwort Inklusion, menschengerechte Stadt Wetter(Ruhr) und lokale Agenda

Den Inklusionsgedanken sinnvoll zu verwirklichen bedeutet entsprechend qualifizierte Pädagogen und entsprechende Schulräume zur Verfügung zu haben. Wir sind auf einem guten Weg, aber auch gut Ding will Weile haben. Also lieber mal einen Schritt langsamer voran gehen, als ambitionierte Pläne zu verfolgen, welche sich dann zeitlich nicht wie geplant umsetzen lassen können.

Dies gilt auch für die Umsetzung des Programms bezüglich unserer menschengerechten Stadt Wetter(Ruhr), ein Programm mit dem wir mittlerweile über unserer Stadtgrenzen hinaus in NRW bekannt sind. Dazu gibt es in Ergänzung einen aktualisierten Demografiebericht.

Auch hier gilt es aus unserer Sicht zuerst die kleinen Schritte umzusetzen. Aktuell sind ja alle Fraktionen aufgefordert diesbezüglich ihre Vorschläge bis zum März des nächsten Jahres einzureichen.

Auch Herrn Weber von der lokalen Agenda und seinen Mitstreitern gilt unsere Unterstützung. Klimaschutz ist unser aller Aufgabe, aber unsere Lokale Agenda trägt vor Ort doch sehr gut zur Sensibilisierung bei.

Stichwort Ehrenamt

Wir haben sie im Ort überall, unsere Ehrenamtlichen und sie leisten eine wertvolle Arbeit im Stadtgebiet. Ohne diese fleißigen Hände wäre unserer Stadt noch ein Stück ärmer. So verwalten unserer Vereine und Organisationen bspw. auch städtische Immobilien.

Ständig steigende Energiekosten machen aber auch in diesen städtischen Gebäuden nicht davor halt, weil die bzw. der Vorsitzende eines e. V. die Schlüsselgewalt für eben diese Immobilie hat.

Hier erwarten wir zukünftig entsprechenden zusätzlichen finanziellen Handlungsbedarf und dem müssen wir uns dann auch als Lokalpolitiker im Teamwork mit allen Verantwortlichen stellen.

Stichwort Reuterhaus

Ein herber Verlust ist die Zerstörung des Kindergartens Reuterhauses am 16.11.2013 gewesen. Erzieher, Eltern und Kinder standen am Samstagmorgen zunächst mal vor dem Nichts.

Sehr rasch und sehr unbürokratisch konnte die notwendige Kinderbetreuung im Ort aufrecht erhalten werden. Auch sind zusätzliche Solidarmassnahmen angelaufen. So richtete unsere lokale Presse ein Spendenkonto ein. Ein vor Ort international tätiges Unternehmen hat eine sehr großzügige Unterstützung von immerhin 15.000,-€ geleistet. Hier gilt unser Dank allen handelnden Personen und Unterstützern.

Wir müssen aber auch als Kommunalpolitiker möglichst zeitnah reagieren und einen möglichen Wiederaufbau dieser Betreuungsstätte prüfen. Sei es am alten Standort oder an einem noch zu bestimmenden neuen Standort.

Stichwort Steuererhöhungen

Hier waren und sind wir als CDU Fraktion der Meinung, dass wir trotz aller Unwägbarkeiten im Haushalt eine bereits in 2011 beschlossene Erhöhung um ein Jahr hätten verschieben können. Grundlage für uns war u. a. die nun rückwirkende Entlastung beim Solidarfond Deutsche Einheit, kurz auch ELAG genannt. Diesem Antrag wurde heute leider mehrheitlich nicht gefolgt.

Wir hatten hier, zur Verdeutlichung unseres politischen Denken und Handelns durchaus den Gedanken, aufgrund der Ablehnung unseres Antrags den Haushalt letztendlich insgesamt abzulehnen. Dies hätte u. U. eine weiterhin nicht genehmigte Haushaltsführung bis Mai 2014 für unsere Kommune bedeutet. In dieser befinden wir uns aufgrund der Verschiebung der Haushaltsberatungen ab dem 01.01.2014 ohnehin schon.

Was uns aber zurückgehalten hat, war die Förderungssystematik bezüglich der Renovierung der Kaiserstrasse, dort findet eine abschnittsweise Förderung durch das Land statt.

Der erste Bauabschnitt vom Kreisel Bönnhoff bis zur Bahnhofstrasse ist genehmigt, der nächste Bauabschnitt ab Bahnhofstrasse in Richtung Kreuzungsbrückenwerk muss im Januar 2014 beantragt werden. Die Förderungsbedingung des Landes NRW ist verknüpft mit einem genehmigten HSK und einem genehmigten Haushalt.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

Wir werden somit unter Abwägung aller Argumente diesen Haushaltsentwurf ohne den Aktiendeal AVU und mit Steuererhöhungen mittragen, aber seien sie bitte versichert, dass diese Entscheidung bezüglich der Steuererhöhungen in

einer am 16.12.2013 sehr intensiv geführten Fraktionssitzung im wahrsten Sinne des Wortes am seidenen Faden hing.

Wir werden dieses sensible Thema Steuern weiterhin im Foeus haben. Die Neuverschuldung sinkt vermutlich von ursprünglich geplanten 8,5 Mill. € auf unter 8 Mill. € bezogen in 2014. Steuererhöhungen sind immer unangenehm, aber letztendlich tragen sie als unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger, aber auch unsere Unternehmen mit ihrem Beitrag dazu bei, dass das aktuelle Leistungsangebot in unserer Kommune erhalten werden kann. Insoweit kann man diese Erhöhung ja noch versuchen positiv zu sehen, auch wenn es schwer fällt.

Wir betrachten die Entwicklung unserer Hebesätze allerdings nicht als einseitige Bewegung, ausschließlich nach oben orientiert. Sollten Maßnahmen unserer neuen Bundesregierung zu einer weiteren Entlastung unserer Kommune führen, sollte bspw. auch der umstrittene Kommunal-Soli gekippt werden, erwarten wir zukünftig eine Beteiligung unserer Unternehmen und Mitbürgerinnen und Mitbürger an dieser positiven Entwicklung mit einer entsprechende Reduzierung dieser Sätze. Wir werden dieses Thema dann noch mal entsprechend aufgreifen.

Zusammengefasst:

Wir hatten hier heute die Wahl zwischen einer Grippe(Steuererhöhungen) und einer Lungenentzündung(nicht genehmigte Haushaltsführung). Ein nicht genehmigter Haushalt war heute keine Option zur Entlastung unserer Einwohnerinnen und Einwohner. Aber eine steuerliche Entlastung bleibt grundsätzlich weiterhin unser Anspruch. Dies alles durchaus in Vereinbarung mit dem Ziel die finanzielle Handlungsfähigkeit unserer Kommune zu erhalten.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

Unser Dank gilt an dieser Stelle wie immer unserem Kämmerer und seinem überschaubaren Team für die auch in diesem Jahr geleistete Arbeit.

Auch im nächsten warten sicherlich Herausforderungen auf uns alle, die es möglichst im Konsens zu bewältigen gilt.

Ich bedanke mich für ihre Geduld und Aufmerksamkeit während meiner Haushaltsrede und wünsche allen Anwesenden ein frohes Weihnachtsfest und einen gelungenen Übergang in das neue Jahr.

Alle Freyha

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,
Sehr geehrte RatskollegInnen und Verwaltungsmitglieder,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte VertreterInnen der Presse,

zunächst habe ich für die VertreterInnen der Presse eine positive Botschaft: Wir haben uns Ihre Kritik zu Herzen genommen und diesmal neben selbstverständlichem Druck auf Recyclingpapier die Haushaltsrede doppelseitig ausgedruckt. Und um noch mehr Papier zu sparen, haben wir Ihnen diese Rede per Mail zugeschickt. Im Anschluss können Sie aber auch meine Papier-Version haben.

In diesem Jahr ist eben manches anders als in den vergangenen Jahren, aber in Belangen des Rates sicher nicht besser. Was hier in diesem Jahr passiert, ist ziemlich einmalig. Das hoffen wir jedenfalls.

Ich will mit dieser Einleitung nicht das Positive kleinreden, das es durchaus auch gegeben hat. Hervorzuheben ist in dieser Hinsicht besonders der Aktionsplan menschengerechte Stadt Wetter, der über die Grenzen Wetters hinaus hohe Anerkennung genießt.

Aber dies ist eine Haushaltsrede, und da geht es vor allem um die Finanzen. Eine Betrachtung, wie hier seitens der Verwaltung mit Informationsrechten, mit Zusagen an Fraktionen, mit Beschlüssen und mit dem Gebot der Transparenz umgegangen wird, ist allerdings unvermeidlich. Wenn ich hier und heute von Verwaltung spreche, ist natürlich immer die Verwaltungsführung gemeint, die verantwortlich ist und die Vorgaben für das Verhalten der MitarbeiterInnen macht.

Lassen Sie uns die tatsächlichen Vorgänge gemeinsam betrachten. Beginnen wir mit einem Dauerbrenner, den Jahresabschlüssen.

Immerhin haben wir jetzt einen Abschluss für das Jahr 2008. Wir gratulieren dem Bürgermeister, dass er nach sechs Jahren Amtszeit erstmals die Chance hat, für ein ganzes Jahr entlastet zu werden. Dass es nach so langer Zeit äußerst schwierig war, einen den damaligen Verhältnissen und Vorschriften entsprechenden Abschluss zu erstellen und zu prüfen, leuchtet ein. Einige Mängel sind für uns nicht nachvollziehbar, einige Fragen sind noch nicht geklärt, bei anderen wurde im Hauptausschuss für den nächsten Jahresabschluss Abhilfe versprochen. Ich hoffe, dass man sich zu gegebener Zeit auch daran erinnert. Leider sind solche Aussagen ja neuerdings nicht mehr den Protokollen zu entnehmen.

Für die Jahre von 2009 aufwärts können wir weiter nicht die Haushaltswirtschaft, die Grundlage des städtischen Handelns, kontrollieren, sondern nur auf das Vertrauen, was der Kämmerer und der Bürgermeister uns vorlegen. Und dabei hoffen wir weiterhin, dass der Kämmerer selbst noch nicht die Kontrolle verloren hat.

Es ist allerdings nicht unsere Aufgabe, über die Finanzentwicklung der Stadt auf der Grundlage von reiner Gutgläubigkeit und Vertrauen zu entscheiden.

Aber selbst diese Gutgläubigkeit ist inzwischen arg strapaziert. Der aktuelle Bericht der Rechnungsprüfung offenbart, dass wir von den Grundsätzen einer geordneten Haushaltsführung noch weiter entfernt sind, als wir je gefürchtet haben. Und das ist,

zumindest in Teilen, das Ergebnis eben dieser Situation, in der fünf Jahre lang keine regelmäßige Prüfung stattfinden konnte.

Es werden viele Verstöße aufgelistet, die für sich alleine wenig problematisch erscheinen. In der Summe und in Kombination allerdings erfüllen sie die Voraussetzungen, um Fachleute für Korruptionsprävention hellhörig werden zu lassen.

Um es deutlich auszudrücken und meine Aussage aus dem Hauptausschuss zu wiederholen: Ich behaupte keinesfalls, dass es Fälle von Korruption in der Stadtverwaltung gibt oder gegeben hat. Ich stelle nur fest, dass es zum Schutze der MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung dringend notwendig ist, klare Verfahrensregeln aufzustellen beziehungsweise für ihre Einhaltung zu sorgen, wenn sie bereits vorhanden sind. Auch können, wie jüngst in der Stellungnahme der Verwaltung geschehen, Gründe der Praktikabilität und Zeitersparnis, eine „gute Zusammenarbeit“ oder Zeitdruck nicht als Rechtfertigung für nicht rechtskonforme Verfahren angesehen werden. Nur die ständige Einhaltung eines rechtssicheren Vergabeverfahrens ist geeignet, die Stadt vor Schäden zu bewahren und wirtschaftliche Ergebnisse bei Auftragsvergaben zu erzielen.

Doch zurück zu den Jahresabschlüssen.

Nun hat das Land mit dem NKF-Weiterentwicklungsgesetz versucht, den Kommunen aus der Klemme zu helfen, die nach der Einführung des NKF partout nicht in der Lage waren, ihre Abschlüsse nach Recht und Gesetz vorzulegen. Es wurde die Möglichkeit geschaffen, mit dem Jahresabschluss 2011 auch die nicht rechtzeitig vorgelegten Abschlüsse von 2009 und 2010 durchzuwinken.

Man mag sich darüber beklagen, dass damit der Rat verbriefter Kontrollrechte beraubt wird. Aber immerhin sollte dieses Gesetz helfen, endlich wieder in korrekte Zeitabläufe zu kommen. Es sollte den Kommunen endlich wieder die Vorlage eines Jahresabschlusses bis zum Ende des ersten Quartals des Folgejahres und eine anschließende, zeitnahe Prüfung ermöglichen. Das ist durchaus mehr als eine sture Formalie, und wir sehen ja, wie es immer schwieriger wird, Abschlüsse korrekt zu erstellen, je mehr Zeit verstrichen ist und sich Fakten und Gesetze geändert haben. Es gab also eine großzügige Amnestie für säumige Kämmerer.

Und was macht Wetter? Wir haben inzwischen fast 2014. Das heißt: Auch die Vorlage des Jahresabschlusses 2011 ist schon so lange überfällig, dass wir eigentlich schon nach einer weiteren Amnestie rufen müssten.

Oder endlich unsere Arbeit machen.

Nebenbei bemerkt: Wir haben auch andere, wichtige Arbeiten hinter die Erstellung der Jahresabschlüsse zurück gestellt. Die Arbeit an strategischen Zielen und Kennzahlen, die uns als Ratsmitgliedern einen wesentlich besseren Überblick und Kontrollmöglichkeiten verschaffen könnten, ruhte, damit wenigstens erstmal der Abschluss 2008 zum Abschluss kommt. Gleiches gilt für die Frage der Budgetierung.

Aber manchmal kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass der Kämmerer und der Bürgermeister so viel in wichtigen Gremien außerhalb der Stadtverwaltung unterwegs sind, dass hier die stinknormale und vielleicht manchmal langweiligere Arbeit liegenbleibt. Der Auftritt nach außen ist ja auch viel interessanter. Da kann man dann auch Stellungnahmen für die Stadt Wetter abgeben, ohne sich lästigen Gegenargumenten auszusetzen.

Und damit kommen wir zu einem Kernproblem: Es geht um den Unterschied zwischen Schein und Sein, zwischen Darstellung und Wirklichkeit und letztlich auch um einen Konflikt zwischen persönlichem Ansehen und den Interessen der Stadt Wetter. Angesehen ist nicht, wer vor großen Problemen steht und alle um Mithilfe bitten und vielleicht sogar auf Verzicht einschwören muss. Angesehen erscheint, wer vor großen Problemen steht und trotzdem – dank seiner Stärke – bequeme Lösungen verspricht. Und das merkt man diesem Haushalt an.

Der Kämmerer und der Bürgermeister stellen eine Planung vor, die ein interessantes Merkmal in sich trägt. Das ist die permanente Selbstheilung. Egal, welche Fehlschläge bei unrealisierbaren Haushaltsicherungsmaßnahmen und welche neuen finanziellen Bürden auftreten: Ohne nennenswerte Kürzungen gelingt der geplante Haushaltsausgleich, im Herbst besser als vor einem Jahr geplant, jetzt sogar noch besser als vor einem Monat. Schon im September hatten sich Bürgermeister und Kämmerer sogar zu der öffentlichen Behauptung verstiegen, die Entschuldung beginne bereits im Jahr 2018. Dass das nicht stimmte, konnte jedeR im Haushalt nachlesen.

Egal, wie es kommt, es wird auf jeden Fall das Signal gesetzt, dass man die Sache im Griff hat. Niemand muss sich Sorgen machen, aber auch niemand wird Verständnis dafür haben, dass er oder sie Ansprüche an öffentliche Leistungen zurückstellen muss. Der Bürgermeister sagt, sein oberstes Ziel sei, die Handlungsfähigkeit für Wetter zu erhalten. Wir haben den Eindruck, dass er sie durch seine verharmlosende Darstellung der Haushaltssituation langfristig gefährdet.

Trotzdem muss man sich fragen: Wie geht das? Wie gelingt die Darstellung, dass wir bis 2022, jetzt sogar 2021, einen strukturell ausgeglichenen Haushalt bekommen?

Verschiedene Maßnahmen der Haushaltssicherung aus den letzten Jahren haben sich – oh Wunder – inzwischen als nicht realisierbar erwiesen. Der Ausgleich passt trotzdem. Da wird an so vielen Schraubchen gedreht, dass es kaum auffällt:

- Natürlich gibt es die ausgesprochen optimistischen Orientierungsdaten des Innenministers, die der Kämmerer nutzen darf. Er darf annehmen, dass unsere Gewerbesteuererinnahmen jedes Jahr um 1,5 Mio. € steigen werden. Er muss aber nicht, er könnte realistischere Ansätze bilden.
- In einigen Produkten sinken die Abschreibungen innerhalb von wenigen Jahren unerklärlich: z.B. bei Spielplätzen innerhalb von zwei Jahren auf ein Viertel und bei Sportplätzen innerhalb von drei Jahren auf ein Fünftel. Und das, obwohl wir investieren.
- Die besondere Bauunterhaltung verringert sich von 1,3 Millionen € im Jahr auf 365 000 €. Es steht ab 2016 nichts Gravierendes an, sagt die Verwaltung. Ist das so? Lehren uns nicht gerade die Beispiele von Rathausdach und Hallenbad, dass aufgeschobene Bauunterhaltung am Ende viel teurer wird?
- Der Kämmerer weiß auch, dass ab 2016 die Zahl der AsylbewerberInnen wieder zurückgeht. Aus der Fachdiskussion ist dies nicht abzuleiten.

All dies sind Faktoren, die die künftigen Haushalte entlasten. Auf dem Papier jedenfalls.

Und natürlich sind absehbare Kosten nicht aufgeführt. Wir wissen, dass wir mehr in Kindertagesstätten investieren müssen. Die notwendige Renovierung der städtischen Gebäude in denen Kindertageseinrichtungen untergebracht sind, erzeugt Belastungen für die künftigen Haushalte, die bisher nicht eingeplant sind. Müssten dafür nicht Rückstellungen gebildet werden?

Wir wissen ferner, dass mit der notwendigen Investition in die Sanierung des Hallenbades eine für viele Jahre richtungsweisende Entscheidung getroffen worden ist. Wenn wir uns jetzt entschließen, viel Geld in die Hand zu nehmen, um das Hallenbad zu erhalten, wird das weitere Investitionen nach sich ziehen. Auch dafür ist nichts eingeplant. Wir würden es im Übrigen begrüßen, wichtige Entscheidungen nicht erst so spät anzugehen, dass keine Möglichkeit zur Prüfung von Alternativen bleibt - auch wenn unser Bürgermeister ein solches Vorgehen gerne für unsinnig erklärt.

Weiterhin gibt es, wie auch in den letzten Jahren, Kürzungsvorschläge, bei denen Geld eingespart werden soll, ohne dass es ein Konzept dafür gibt. So etwa die Kürzung der freiwilligen Zuschüsse für die Träger der Kindertageseinrichtungen. Keiner weiß - oder keiner sagt - wie, aber es sollen 80 000 € pro Jahr eingespart werden. Die Sinnhaftigkeit, die Gerechtigkeit und erst Recht die notwendige Transparenz eines solchen Handelns muss angezweifelt werden.

Diese Werte gehen zur Zeit in Wetter den Bach runter. Die gängige Parole ist eine andere.

Den Gepflogenheiten des Hauses, nach denen jede Haushaltsrede mindestens ein Zitat enthalten muss, will ich zur Verdeutlichung an dieser Stelle folgen:

„Denn wohin der Wind uns weht,
und wohin die Reise geht,
weiß allein der große Zampano,
denn er bestimmt das sowieso.“

(Freddy Breck)

In diesem Geiste kann es bei uns vorkommen, dass ein Vertrag mit der Lichtburg ganz anders abgeschlossen wird, als Rat und Ausschüsse es beschlossen haben. „Wieso sollen wir denn Beschlüsse umsetzen, die offensichtlich unsinnig sind“, ist dann der Kommentar des Bürgermeisters. Zur Klarstellung: Die Variante des SPD-Antrages aus dem Schulausschuss, die der Hauptausschuss einstimmig beschlossen hatte, entsprach dem Vorschlag des Bürgermeisters.

Oder: Wir bringen seit Jahren Anregungen und Anträge ein, um Wetter fahrradfreundlicher zu gestalten. Wenn es um Haushaltsansätze ging, gab es immer Gründe, dagegen zu sein: Keine Einzelmaßnahmen ohne Plan, das müssen wir erst diskutieren, möglichst in der haushaltsfreien Zeit, und so weiter.

Im Mai dieses Jahres, nachdem sich seit den Haushaltsanträgen im Oktober 2012 nichts getan hatte, haben wir einen umfassenden Antrag mit vielen möglichen Maßnahmen für den Weg zu einer fahrradfreundlichen Stadt eingebracht. Er wurde zur Kenntnis genommen, geschehen ist nichts. Den Sommer über - es war Wahlkampf - haben sich alle KandidatInnen mit Fahrradhelm und Lenker ablichten lassen und die fahrradfreundliche Stadt sowie den Wirtschaftsfaktor Radtourismus beschworen.

Es gibt ihn übrigens wirklich, den Wirtschaftsfaktor Radtourismus, wie man gerade im Sauerland erleben kann. Die Kernerkenntnis der Sauerländer ist: „Wir müssen die Gäste verführen, sich länger bei uns aufzuhalten und nicht durchzurasen.“

Als wir nun im Haushalt und zum wiederholten Male wenigstens Mittel für Fahrradboxen beantragten, gab es wieder tausend Gründe dagegen: Das sei eine undiskutierte Einzelmaßnahme, unausgegoren und so weiter. Nicht zu toppen war das Argument,

andere Städte bauten ihre Fahrradboxen gerade wegen zu großer Vandalismusgefährdungen wieder ab.

Abgesehen davon, dass es geradezu zynisch ist, lieber die Fahrräder möglichem Vandalismus preiszugeben als stabile Boxen, haben wir uns erkundigt. In der als Beispiel angeführten Stadt Witten wurden nach unseren Informationen die Boxen am Bahnhof nicht wegen Vandalismus abgebaut, sondern wegen der Umgestaltung des Außengeländes nach dem Eigentümerwechsel. Auch aus anderen Orten haben wir keine Berichte zum Abbau von Radboxen wegen Vandalismus gefunden. Das bedeutet nicht, dass es den nicht gibt. Aber der Wahrheitsgehalt der Argumente gegen unerwünschte Maßnahmen hält leider oft nur bis zum Zeitpunkt der Nachprüfbarkeit.

Geheimnisvoll bleibt auch nach wie vor der Stork. Es soll erhöhte Einnahmen für Baunutzungsgebühren geben, Erlöse für Grundstücksverkäufe sind nicht vorgesehen, Kosten für die Erschließung schon gar nicht, denn der städtische Haushalt soll ja nicht belastet werden. Wir sind gespannt, wie das funktionieren soll, obwohl wir immer noch hoffen und dafür kämpfen, dass das Naherholungsgebiet und die Landwirtschaft Am Stork erhalten bleiben.

Nun kann man neuerdings nicht vom Stork sprechen, ohne die Vordere Heide mitzudenken.

Wir wurden leider kürzlich durch die Information überrascht, dass die Vordere Heide aufgrund einer Machbarkeitsstudie zu den drei am besten geeigneten Flächen für ein interkommunales Gewerbegebiet im Ennepe-Ruhr-Kreis gehört. Unser Bürgermeister Hasenberg ist dagegen, war schon immer dagegen, dass dort ein Gewerbegebiet entsteht. Trotzdem ist über Jahre und mit ihm am Tisch die Entwicklung darauf zu gelaufen, dass genau diese Fläche in die engere Auswahl kommt.

Aber mit seiner deutlichen Erklärung, dass es ein Gewerbegebiet Vordere Heide mit ihm nicht geben wird, bedient unser Bürgermeister wieder den Reflex der Verharmlosung. Er hat alles im Griff, keine muss sich Sorgen machen.

Die SPD hat auch gleich laut und öffentlich erklärt, sie sei gegen ein Gewerbegebiet in der Vorderen Heide und sogar einen Antrag gestellt, die Stadt möge sich gegen eine Aufnahme der Fläche in den neuen Regionalplan stellen. Noch im Ausschuss ist der Widerstand zerbröseln, oder besser gesagt verfliegen, wie das bei heißer Luft eben vorkommt.

Wir bieten gerne unsere Unterstützung gegen das Gewerbegebiet Vordere Heide an. Der beste Widerstand ist allerdings, den Stork nicht zu erschließen, denn die Vordere Heide setzt den Stork voraus und ist seine logische Fortsetzung. Es gibt keine Vordere Heide ohne den Stork, also verzichten Sie auf den Stork, dann retten Sie auch die Vordere Heide!

Der eigentliche Coup und auch der Anlass, warum wir heute wieder den Haushalt auf der Tagesordnung haben, ist der geplante Kauf der AVU-Aktien.

Zum Bild der tatkräftigen Macher gehört – wie schon oben angedeutet – das Renommee über die Stadt Wetter hinaus. Da ist es ein Dorn im Auge, bei den Habenichtsen, O-Ton Hasenberg „Am Katzentisch“ zu sitzen. Und das ist die Motivation für die größte Investition im diesjährigen Haushalt, die wir hoffentlich noch verhindern können.

Befürworter des Ankaufs von AVU-Aktien führen vor allem den Einfluss auf die Firmenpolitik der AVU ins Feld. Für 14,4 Mio. € würde die Stadt Wetter einen Aktienanteil von 5% erhalten. Dies ist keine qualifizierte Beteiligung nach Aktienrecht. Wer sich

auskennt weiß, wie wenig eine 5%ige Beteiligung ausrichten kann. Auch die Gewährung eines Sitzes im Aufsichtsrat ist ungewiss. Nebenbei: Falls es ihn doch geben sollte, wünschen wir uns, da bis dahin hoffentlich die Quote greift, die Besetzung mit einer Frau.

Schwerwiegend ist die wirtschaftliche Betrachtung. Ein Faktor ist die Zahlung einer Dividende. Für die Alt-Aktionäre unter den EN-Städten ist sie ein schöner Beitrag zum Haushaltsausgleich. Für Neuaktionäre ist die Situation erheblich schlechter: sie müssen zunächst den Aktienkauf durch Kreditaufnahme finanzieren und die Kreditzinsen und Kredittilgung von den Dividenden bestreiten. Für diese Rechnung ist entscheidend, wie sich die Dividende in den nächsten Jahren entwickeln wird.

Die Rechnung des Kämmerers unterstellt, dass die Dividende von 1,00 € je Aktie über die gesamte Laufzeit des Kredites konstant bleibt. Eine derartige Annahme kann nicht ernsthaft aufrechterhalten werden, zumal bei dem gewählten Finanzierungsverfahren die Kreditlaufzeit von der Kredithöhe, der Annuität und dem Zinssatz abhängt.

Die vom Kämmerer der Stadt Wetter vorgelegte Rechnung geht von einem Kredit zu 2,3 % über 30 Jahre aus: das ist ganz erheblich unter den aktuellen Marktkonditionen und lässt eine Regelung für weitere fünf Jahre offen.

Geht man von 4% Kreditzinsen aus, so erhält man eine Laufzeit von 76 Jahren. Gemeinhin gilt: Ist die Laufzeit eines Kredites und damit der Tilgung länger als dreißig Jahre so ist die Wirtschaftlichkeit der Investition zweifelhaft und nicht mehr darstellbar. Außerdem werden Kredite mit höheren Laufzeiten als dreißig Jahren nur sehr schwer zu bekommen sein.

Sinkt die derzeitige Dividende nur um einen Bruchteil, ist eine Tilgung des Kredites aus der Nettodividende nicht mehr möglich, Gewinn schon gar nicht zu machen. Aber selbst bei gleichbleibend hoher Dividende ist der Aktienkauf unter marktüblichen Kreditkonditionen nicht mehr wirtschaftlich darstellbar. Angesichts der aufgezeigten wirtschaftlichen Risiken ist eine Entscheidung für den Kauf nicht zu verantworten.

Im September wurde uns ein Haushaltsentwurf vorgelegt, der den Aktienkauf einplante, ohne dass dies in dem extra wegen dieser Thematik einberufenen Energiearbeitskreis diskutiert worden war. Der Kämmerer legte eine unhaltbare Rechnung vor, nach der der Aktienkauf für die Stadt gewinnbringend sei und machte dies zu einem Eckpfeiler der Haushaltssicherung. Die SPD nennt das übrigens historische Entscheidung.

Fast alle anderen Fraktionen wehrten sich aus den oben dargestellten Gründen. Daher wurden im letzten Rat auf Antrag der CDU die Haushaltsberatungen abgesetzt. Die Verwaltung wurde aufgefordert, „ein belastbares Haushaltssicherungskonzept ohne das von uns im Hauptausschuss abgelehnte Aktiengeschäft AVU darzustellen.“

Nun ist ja die Absetzung des Haushaltes von der Tagesordnung und die Überschreitung der einzuhaltenden Vorlagefrist durchaus eine dramatische Sache. Man sollte also meinen, dass die Verwaltung bemüht sei, die Wogen zu glätten und ihre Aufgaben zu erfüllen.

Was uns in einem Zeitraum, in dem es noch zu prüfen wäre, vorgelegt wurde, war lediglich eine Berücksichtigung erhöhter Aufwendungen für die Sekundarschule, eine Anpassung der Kreisumlage und eine leicht abweichende Berechnung der Gewerbesteuern. Der Kauf der AVU-Aktien ist anscheinend weiterhin geplant. Einzig der Vorwurf, dass sich der Haushaltsausgleich darauf stütze, kann nicht mehr gemacht werden. Was haben Sie denn vor, wenn der Rat die Zustimmung zum AVU-Deal verweigert? Noch mal verschieben oder etwa einen Haushalt als Tischvorlage beschließen?

Meine Damen und Herren, ich habe zu Beginn der Rede von hoffentlich einmaligen Vorgängen gesprochen habe. Ich halte dieses Vorgehen der Verwaltung für ungeheuerlich. Sie ignorieren Beschlüsse und den Willen des Rates, Sie enthalten uns Informationen vor und Sie riskieren das Scheitern des Haushaltes – ja, warum eigentlich? Damit Sie Recht behalten? Oder damit Sie nicht am Katzentisch sitzen? Das ist wirklich einer demokratischen Kultur unwürdig.

Ein zweiter aktueller Vorfall stärkt uns in unseren Befürchtungen, dass wir auf dem Rückweg in den Absolutismus sind.

Da will der Kreis, durchaus sinnvoll, mithilfe eines kommunalen Querverbundes die Zahlung von Kapitalertragssteuern vermeiden, indem er die Gewinne aus seinen AVU-Aktien mit den Verlusten aus der VER zusammenbringt. So weit so gut. Die Konstruktion mit einer Ein-Personen-Gesellschafterversammlung, die sich selbst als Geschäftsführung gegenüber sitzt und sehr viele Freiheiten hat, mit den eingebrachten Millionen andere Geschäfte zu machen, finden wir dann allerdings ein wenig bedenklich. Aus Wetteraner Sicht ist für uns allerdings maßgeblich, was mit unserer Beteiligung an der VER geschieht. Und die kommt leider unter die Räder.

Diese Beteiligung steht in unserer Eröffnungsbilanz mit 1,694 Mio. Mit der Gründung der Holding wird die Stadt Wetter zu einer außenstehenden Gesellschafterin. Als Abfindung dafür, dass alle potentiellen Gewinne in die Holding fließen, erhalten die außenstehenden GesellschafterInnen eine Garantiedividende. Die liegt, da die VER dauerdefizitär ist, bei NULL Euro. Da die Bewertung unseres Anteils nach zukünftig zu erwartenden Erträgen – NULL- bemessen wird, ahnen Sie, dass unser Anteil damit auch mit NULL bewertet wird. Diese Bewertung müssen wir dann ebenfalls in unserer NKF-Bilanz vornehmen. Die allgemeine Rücklage würde um den entsprechenden Betrag vermindert, das Jahresergebnis um den gleichen Betrag verschlechtert.

Wir hätten allerdings auch die Möglichkeit, unseren Anteil zu verkaufen. Für zwei Monate steht das großzügige Angebot, dass wir einen Euro dafür bekommen.

Wir, die Ratsfraktionen, sind erstmals in einem Hauptausschuss im November grundsätzlich über die mögliche Gründung der Kreisholding informiert worden.

Genauere Informationen haben wir erst mit der Vorlage zum Hauptausschuss am 12. 12. bekommen. Da hatte der Kreis bereits in einer Eilentscheidung des Kreisausschusses am 25.11. das Verfahren zur Gründung der Holding eingeleitet. Der Kreiskämmerer hat, wie wir jetzt wissen, schon vorher geäußert, die Städte seien informiert und das Vorgehen mit ihnen abgesprochen. Hat er vielleicht mit dem Rat der Stadt Wetter in Hessen gesprochen? Es kann ja nicht sein, dass der Rat einfach übergangen wird! Oder?

Leider waren die Informationen, die wir zum 12.12. bekommen haben, falsch. In der städtischen Vorlage wurde uns mitgeteilt, die Entscheidung habe keine Auswirkungen auf die Stadt Wetter und ihre VER-Anteile. Das kann, wie oben dargestellt, nicht sein. Außerdem war die beigelegte Vorlage zum Kreisausschuss veraltet und entsprach nicht dem, was im Kreisausschuss und Kreistag beschlossen wurde.

Unsere Vertreter im Aufsichtsrat und in der Gesellschafterversammlung der VER, die inzwischen unter Vorbehalt des Wetteraner Ratsbeschlusses der Entwertung unserer Anteile zugestimmt hatten, gaben an, nichts von Änderungen der Beschlusslage zu wissen. Ja wissen Sie denn überhaupt, worüber Sie abgestimmt haben? Hätten Sie nicht auch den Rat informieren müssen, der Sie ja in die Gremien als seine Vertretung geschickt hat?

Wer allerdings glaubt, die Verwaltung hätte sich nun beeilt, ihren Fehler zu korrigieren und hätte uns die korrekte Vorlage zum Beschluss des Kreisausschusses zugesandt, der irrt. Das Vorgehen war dasselbe, wie bei dem AVU-Aktienkauf: Der Tagesordnungspunkt wird abgesetzt, es geschieht nichts und wir finden uns in der nächsten Sitzung gleichsam uninformiert wieder. Macht ja nichts, es geht ja nur um 1,7 Millionen Euro.

Eine Erklärung hat der Bürgermeister gesprächsweise geliefert. Er denkt für uns mit, sozusagen vorsorgend vor uns her. Auf die Frage, warum wir nicht eher informiert worden seien, antwortete er: „Und was hätten Sie dann anders gemacht?“ Übersetzt heißt das: Information der Ratsmitglieder ist überflüssig, weil der Bürgermeister sowieso entscheidet, wie er sich das denkt.

Nein, Herr Hasenberg, wir erwarten so altmodische Dinge wie Information und Transparenz von einem Bürgermeister. Und in einer demokratisch geführten Kommune erwarten wir, dass die Ratsmitglieder selbst denken und entscheiden, was sie für richtig halten. Aber dazu müssen sie natürlich informiert werden.

Nun liegt nach all der Kritik deutlich der Vorwurf an uns in der Luft, dass wir keine eigenen Vorschläge für Einsparungen machen. Dabei ist es eigentlich egal, ob wir das tun oder nicht. Es ist auch in den letzten Jahren immer behauptet worden, wir machten keine eigenen Vorschläge, obwohl wir das nachweisbar getan haben.

Wir machen diesmal tatsächlich keine Vorschläge für Kürzungen. Einige Vorschläge, die langfristig zu Einsparungen führen würden, haben wir in den letzten Jahren gemacht. Wir haben vorgeschlagen, bei der Planung der Aula der Sekundarschule zu prüfen, ob so gebaut werden könnte, dass mit diesem neuen Raum und durch eine differenzierte Nutzung aller Veranstaltungsräume der Stadtsaal ersetzbar würde. Es gab nicht einmal die Bereitschaft, die Art der Nutzung des Stadtsaales zu prüfen, um eine Grundlage für weitere Überlegungen zu haben.

Wir sind immer noch fest davon überzeugt, dass wir langfristig mit einer gemeinsamen Feuerwache für Wengern und Esborn Vorteile in finanzieller Hinsicht und für die ohnehin notwendige Zusammenarbeit beider Löschgruppen erzielen würden, ohne die Sicherheit der Bevölkerung zu gefährden. No way, die Feuerwache Esborn soll gebaut werden, koste es was es wolle. Die Leidtragenden bei den unendlichen Versuchen, sind tatsächlich die Feuerwehrmänner und -frauen in Esborn, die nun schon viele Jahre hingehalten werden und auf eine anständige Unterbringung warten müssen. Das ist der eigentliche Skandal, nicht, dass wir eine gemeinsame Wache vorgeschlagen haben.

Insgesamt gibt es in diesem Haushalt und in den Folgejahren nichts einzusparen, ohne dass das zu schmerzlichen Einschnitten führen würde, denn unsere Haushaltslage ist schlecht. Nach unserer Einschätzung ist bei ehrlicher Rechnung der Haushaltsausgleich in 2022 nicht zu erreichen, wenn wir so weitermachen wie bisher. Aber solange der Eindruck erweckt wird, dass doch immer noch alle Wünsche erfüllbar sind, wenn man sich an die richtigen Leute wendet, und dass die Macher die Enden zusammenbringen, werden wir kein Verständnis finden für schmerzliche Kürzungen.

Wir sind für Ehrlichkeit und solide Berechnungen, auch wenn wir dafür vielleicht in Kauf nehmen müssen, bittere Wahrheiten zu verkünden statt die strahlenden Helden zu spielen.

Das heißt nicht, wie der Bürgermeister uns oft unterstellt, dass wir Wetter gerne in die Haushaltssicherung treiben wollen. Eben dies wollen wir nachhaltig vermeiden, solange das noch möglich ist. Dazu gehört als Erstes eine ehrliche Darstellung der Situation, damit die Bereitschaft, Maßnahmen zu ergreifen überhaupt da ist. Das heißt: wir wollen eine weitere Handlungsfähigkeit der Stadt langfristig erreichen anstatt sie jetzt beschönigend darzustellen. Aber erst wenn über die Situation Klarheit herrscht, kann gemeinsam begonnen werden, daran zu arbeiten.

Zusammenfassend müssen wir feststellen:

- Es wird ein Haushaltsausgleich für das Jahr 2021/2022 dargestellt, der unspektakulär erscheint. Es müssen keine gravierenden Kürzungen erfolgen, es wird zusätzliches Personal eingestellt. Er wird der Eindruck vermittelt: Es geht uns gut. Weitere Maßnahmen sind nicht unnötig.
- Damit wird die finanzielle Situation der Stadt Wetter beschönigt. Ein tatsächliches Erreichen des Haushaltsausgleichs ist ausgesprochen unwahrscheinlich.
- Mit dem Kauf von AVU-Aktien für 14,4 Mio. € in Kreditfinanzierung gehen wir ein erhebliches Risiko einer Fehlinvestition ein, die zudem den erhofften nicht-monetären Nutzen, uns Einfluss auf die AVU-Geschäftspolitik zu gewähren, nur in sehr geringem Maße erfüllen kann.
- Gleichzeitig zeichnet sich nach den Berechnungen für den Haushalt 2014 ein deutlich rasanterer Vermögensverzehr ab, als bisher angenommen. Wir haben demnach bis jetzt seit der Eröffnungsbilanz rund 30 Mio. unseres Eigenkapitals von 86 Mio. verloren, bis 2022 sollen es 57 Mio. sein.
- Nach wie vor haben wir keine Jahresabschlüsse für die letzten vier Jahre.

Es gibt also eine ganze Reihe von Gründen, warum wir diesem Haushalt nicht zustimmen können.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich hätte an dieser Stelle gerne in Fortschreibung zum vergangenen Jahr die weitere Entwicklung des Schuldenstandes pro Ratsmitglied dargestellt. Leider habe ich mich dabei im verwirrenden Zahlenspiel der Vorberichte der letzten Haushaltspläne und -entwürfe verheddert: Haben wir nun 38,7 oder 56,1 Mio. € Eigenkapital? Das wechselt nämlich immer mal hin und her. Ist unser Schuldenstand gesunken, obwohl wir ein Defizit haben? Das kann eigentlich nicht sein.

Ich tippe auf einen derzeitigen Schuldenstand von 64,3 Mio. €. Das macht pro Ratsmitglied 1 568 000 €. Ihr Schuldenstand wäre demnach in diesem Jahr um 148 000 € gestiegen. Sie sollten sich Sorgen machen um die weitere Entwicklung, vor allem, wenn Sie dem AVU-Aktienkauf zustimmen. Wir können das nicht.



Fraktion im Rat der Stadt Wetter (Ruhr)

Haushaltsrede 2014

Sehr geehrte Damen und Herren,

Der Rat der Stadt Wetter hat eine vernünftige Entscheidung getroffen. Die Stadt wird keine Aktien der AVU für 14,4 Millionen Euro auf Kredit kaufen. Die politische Mehrheit hat sich über Fraktionsgrenzen hinweg für finanzielle Vernunft ausgesprochen.

Heute ist es auch Zeit, über die vergangenen 4 Jahre dieser Legislaturperiode zu sprechen. Als sich der Rat vor 4 Jahren konstituierte, war ich persönlich noch der festen Überzeugung, dass wir zum Wohle der Stadt und ihrer Bürger eine aufblühende Stadt gestalten würden.

Was ist daraus geworden?

Die Eröffnung des Ruhrtal-Centers, die Planungen für den Umbau der Kaiserstraße, der Bebauungsplan für das Gewerbegebiet Am Stork, neue Baugebiete An der Borg, Wilshause II, am Schmandbruch und am Sunderweg. Das waren wichtige Entscheidungen, die Arbeitsplätze entstehen ließen und neue Bürger in die Stadt gelockt haben.

Diese Entscheidungen wurden von der politischen Mehrheit im Rat und – das muss immer wieder erwähnt werden – nicht von der SPD allein getroffen. Diese Entscheidungen hat auch die FDP Fraktion mit getragen. Sie waren auf Zukunft, auf Wachstum, auf Wohlstand ausgerichtet, für unsere Bürgerinnen und Bürger.

Erinnern Sie sich an den Haushaltsentwurf 2011. Alle Fraktionen gemeinsam haben einen Haushalt entwickelt, der den Ausgleich im Jahr 2014 gewährleisten sollte. Da waren wir noch auf dem richtigen, gesunden Weg. Raus aus den Schulden, so schnell wie möglich. Und trotzdem hätten wir unseren Bürgerinnen und Bürgern eine lebenswerte Stadt bieten können.

Doch im Jahr 2012 waren alle Spar- und Konsolidierungsbemühungen schon vergessen. Die politische Mehrheit im Rat unter Führung von SPD und CDU verlängerte den Ausgleich auf 2022. Damit wurden für Wünsche und Ausgaben die Schleusen geöffnet.

Der Haushaltsentwurf 2013 war für die FDP Fraktion nicht mehr mitzutragen. Nach geradezu leichtfertigen Fehlern bei der Entscheidung zum Stork und weiteren Verschuldungen haben wir nicht zugestimmt.

Der Haushaltsentwurf 2014 zeigt vor allem eins. Wir werden den Haushaltsausgleich auch 2022 nicht erreichen.

Geradezu horrenden Summen sollen das Wohlfühlambiente des Bürgers steigern. Die Kommunalwahl lässt grüßen. Für die Wählergunst bleibt das Gewissen und die Vernunft auf der Strecke.

Hier mehr Zuschüsse für die Fußballvereine, dort einen neuen Sportplatz (zur Erinnerung: wir wollten mal 3 Sportplätze aufgeben), dort ein neues Vereinsheim, hier mehr Zuschuss für die Lichtburg, dort eine Luxus-Küche für die Sekundarschule.

Die Kosten für den Anbau der Sekundarschule explodieren. Es wurde noch kein Stein bewegt und schon wird der Anbau 630.000 Euro teurer als veranschlagt. Wir sind gespannt, was der Leuchtturm der Bildung am Ende kostet.

Die Sanierung des Hallenbades wird in den Gutachten mit 2,5 Millionen Euro veranschlagt. Die Gutachten sind noch nicht einmal diskutiert und schon steigen die Kosten für den ersten Bauabschnitt von 715.000 auf 820.000 Euro.

Ausgaben wecken jedoch neue Begehrlichkeiten und Ungerechtigkeiten. So ist dieser Haushaltsentwurf geradezu ein Lehrbeispiel für Ungerechtigkeit.

„Wir investieren in Bildung.“ Zitat aus der Haushaltsrede des Bürgermeisters. Wir investieren in ein Schulgebäude und zwar insgesamt mittlerweile weit über 3 Millionen Euro in die Sekundarschule. Niemand darf es wagen, diese Investition in Frage zu stellen oder eine Alternative zu fordern. Mit großem Tamtam wurde ja ein Preis für die Pläne verliehen. Leider vergaß die Jury auch eine Preisbremse zu bewerten. Hinzu kommt die Zeitverzögerung von inzwischen 2 Jahren bis zum Baubeginn. Die Schüler und Eltern warten jetzt schon zwei Jahre.

Wäre es nicht klüger und vernünftiger, statt in diesem Maße in ein Schulgebäude zu investieren, mehr Schulsozialarbeiterinnen einzustellen?

Wir haben in Wetter mit dem Geschwister-Scholl-Gymnasium bereits eine über die Grenzen der Stadt und der bildungsarmen Landschaft in NRW anerkannte und gelobte Schule. Deshalb ist es auch ein richtiger Schritt, die Sanierung des Hallenbades anzugehen, unter anderem um das Geschwister-Scholl-Gymnasium weiterhin attraktiv zu halten. Endlich finden auch im Schulgebäude Renovierungen statt, die schon seit 15 Jahren anstehen. Besser spät als nie.

Die SPD jedoch untergräbt schon jetzt die Bildungserfolge des Geschwister-Scholl-Gymnasiums, in dem dort auch ein Ort des gemeinsamen Lernens entstehen soll. Ideologie auf Kosten der behinderten und nicht behinderten Kinder, auf Kosten der Eltern und Lehrer.

Nun zur Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer. Beide Erhöhungen hemmen die Stadtentwicklung. Sie sind ungerecht und ungerechtfertigt.

Die Grundsteuer wird direkt an alle Bürgerinnen und Bürger weiter gegeben, auch an die Mieter. Und dass bei ständig steigenden Energiekosten und einer Erhöhung der Abfallgebühren durch den Stadtbetrieb von durchschnittlich 30 %. Ich habe es schon im Hauptausschuss gesagt. Die Grundsteuererhöhung sorgt dafür, dass eine Familie mit zwei Kindern eben nicht mehr jeden Monat im Hallenbad schwimmen gehen kann.

Den Zuzug neuer Familien und damit mehr Grundsteuer begrenzt die politische Mehrheit im Rat durch den Zwang zum Passivhaus bauen. Wer in Wetter auf städtischen Grundstücken bauen will, muss ein Passivhaus bauen. Nehmen Sie den Zwang aus den Vergaberichtlinien. Ich garantiere Ihnen, die restlichen 8 Grundstücke Am Sunderweg und das Grundstück am Wilshause sind in zwei Monaten verkauft. Von diesem Erlös kann die Stadt die Renovierung des Hallenbades bezahlen. Mal abgesehen davon, dass es sich die Stadt Wetter gar nicht leisten kann, auf die Erlöse aus dem Grundstücksverkauf zu verzichten.

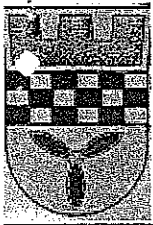
Die Gewerbesteuererhöhung wird den Abwanderungswillen der Unternehmen verstärken. Zwei weitere Unternehmen verlassen jetzt die Stadt. Keine Perspektiven, die fehlende Erschließung des Gewerbegebietes Am Stork und eine personell ungenügend ausgestattete Wirtschaftsförderung. Schon lange könnte aus dem Gewerbegebiet Am Stork Gewerbesteuer fließen. Also müssen jetzt die bestehenden Unternehmen ran. Das sind Bedingungen für den Verlust von Arbeitsplätzen. Auch das ist ungerecht.

Wir haben große Bedenken bei diesem Haushaltsentwurf. Seit Jahren heißt es, wir müssen die Gestaltung in der Hand halten. Aber was gestalten wir denn? In den letzten 3 Jahren wurde nur gestaltet, in dem Kredite aufgenommen und dem Bürger Geld aus der Tasche geholt wurde. Nicht gestaltet wurde durch Schuldenabbau und Sparen für künftige Generationen. Kompromisse wurden immer von den anderen erwartet. Dieser Haushalt trägt nur eine Handschrift der Vernunft und das ist der Beschluss gegen den Aktienkauf der AVU.

Und gerade dieser Beschluss, der gemeinsam von den Fraktionen der CDU, UWW und FDP gefasst wurde, lässt hoffen. In den vielen Gesprächen, die ich in den letzten Wochen und Tagen geführt habe, habe ich oft gehört: Wir müssen uns zusammensetzen und gemeinsam über den Haushalt reden. Aber keiner meiner Gesprächspartner war bereit, von seinen Positionen abzuweichen. Noch nicht. Das jedoch ist das Ziel eines gemeinsamen Haushalts. Jede Partei muss dann eben Positionen auch aufgeben. Und nicht immer nur die anderen.

Das schlechteste Ergebnis, das wir erzielen können, ist ein nicht genehmigter Haushalt. In diesem Jahr war es fast soweit. Wäre der Aktienkauf im Haushalt geblieben, hätte eine Mehrheit im Rat den Haushaltsentwurf abgelehnt. Dies sollte vor allem der SPD eine Mahnung für das nächste Jahr sein.

Einen Haushalt ablehnen, das heißt, Verantwortung abgeben. Das kann nicht das Ziel von Politik sein. Die Folgen für die Stadt, die Bürgerinnen und Bürger wären fatal. Die Stadt würde in den Kreis der hoffnungslosen Städte des Ruhrgebiets abgleiten. Das wollen wir verhindern. Die FDP wünscht sich für die nächsten Jahre eine blühende Kleinstadt mit selbstbewussten Bürgern, die stolz auf ihre Stadt sind. Dafür setzt sich die FDP ein. Deshalb werden wir dem Haushaltsentwurf 2014 zustimmen.



Haushaltsrede 2014

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr
Bürgermeister Hasenberg.

Im nächsten Jahr haben wir Kommunalwahlen. Da muss es nicht wundern, wenn dieser Kommunalwahlkampf seine Schatten voraus wirft. Die ersten Phantomdiskussionen über vermeintliche Gewerbegebiete haben wir grade hinter uns gebracht, dies ist ja auch einfacher als sich mit den wirklich drängenden Problemen unserer Stadt zu beschäftigen.

Der hier vorliegende Haushalt weist ein Defizit von 8,5 Millionen € aus. Ein Defizit, das nur durch die Inanspruchnahme der allgemeinen Rücklage ausgeglichen werden kann. Wir verfrüh stücken also unser Vermögen.

Aber nicht einmal wenn wir alle freiwilligen Leistungen mit einem mal streichen würden, wären wir in der Lage dieses Defizit zu decken.

Schauen wir uns doch einfach den Bereich der sogenannten freiwilligen Aufgaben an. Ich kann sie hier nur als „sogenannte“ freiwillige Aufgaben bezeichnen, denn auch diese Aufgaben können einen pflichtigen Charakter annehmen.

Da wäre der Bereich Musikschule und Bücherei: Meine Damen und Herren, ich habe in meiner Haushaltsrede des letzten Jahres schon ausführlicher darauf hingewiesen das ich weitere Kürzungen wie sie bei der Musikschule und Bücherei vorgesehen sind, nicht für

möglich halte, ohne diese Einrichtungen auf ein qualitativ nicht mehr akzeptables Niveau zu drücken. Im Gegenteil sehe ich bei der Stadtbücherei eher die Notwendigkeit hier durch die Einführung neuer Medien wie z. B. E-Books die Attraktivität zu steigern was jedoch eher zusätzliche Mittel als Mittelkürzungen voraussetzt.

Wie wir in 2014 nennenswerte Beträge bei der Informations- und Kommunikationstechnik einsparen wollen, wenn wir die durch die Einführung des in absehbarer Zeit verbindlich vorgeschriebenen E-Gouvernements die gesamte Stadtverwaltung weitgehend digitalisieren wollen kann ich mir ebenfalls nicht vorstellen.

Einsparungen bei Rechtsangelegenheiten halte ich ebenfalls für illusorisch. Bestenfalls kann ich mir diese Leistung im Bedarfsfall extern einkaufen, ob dies so viel günstiger, insbesondere in qualitativer Hinsicht sein würde, ich wage es zu bezweifeln.

Kulturförderung, meine sehr verehrten Damen und Herren, es fällt mir schwer hier den Rotstift am Werk zu sehen. Wir werden uns hier die Gretchenfrage stellen müssen: Wofür nehmen wir dem Bürger überhaupt Steuern und Gebühren ab. Dann müssen wir bedenken, dass die Stadt Wetter ja schon lange kein reiner Industriestandort mehr ist bzw. sein kann. Wenn wir jedoch eine Entwicklung vom Industriestandort zum Touristikstandort fördern wollen, so wird eine stärker kulturell geprägte Infrastruktur unabdingbar sein. Auch Einsparungen in den Bereichen Kurzzeittourismus, Stadtmarketing und Wirtschaftsförderung halte ich vor diesem Hintergrund für kontraproduktiv.

Das Kreisarchiv: Grade erst beschlossen, schon auf der Sparliste. Hätten wir unter diesen Umständen vielleicht lieber doch von vorneherein darauf verzichten sollen?

Sucht- und Drogenhilfe. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, sie müssen mir bitte verzeihen, wenn ich an dieser Stelle vielleicht an Sachlichkeit verliere, ja verlieren muss, aber die Vorstellung das wir Menschen mit Suchtproblemen ihrem Schicksal überlassen, und das in einem Land in dem es Menschen gibt die so nebenbei mehr als 3 Millionen € an Steuern hinterziehen und sich dann noch wundern, das ein Staatsanwalt sich mit Ihnen beschäftigt (schöner Gruß nach Bayern) diese Vorstellung lässt mich wütend werden. Wie schäbig käme ich mir vor, wenn ich diese Menschen mit ihren Problemen einfach alleine ließe? Ich glaube daher nicht dass hier Einsparungen so umgesetzt werden können und wünsche es mir auch nicht.

Einsparungen bei Spielplätzen, der Sportförderung, Stadien/Sportplätzen bzw. Sportgebäuden und Sportlerheimen. Die Stadt Wetter wird nicht daran zugrunde gehen, wenn wir einen oder 2 Spielplätze weniger haben. Eine nicht mit vorgefertigten Spielgeräten zugestellte Freifläche kann ebenfalls einen enormen Spielwert haben. Auch muss es möglich sein, gegebenenfalls die Anzahl der von uns betriebenen Schulen dem tatsächlichen Bedarf anzupassen.

Aber dies kann und darf nicht an den Bedürfnissen der Menschen, der Bürger vorbei geplant geschehen. Es müssen daher in gemeinsamen Gesprächen von einer breiten Mehrheit der Bevölkerung getragene Lösungen gefunden werden, die dennoch die finanzielle Situation unserer Kommune verbessern.

Sowohl Freibad, wie auch Hallenbad müssen nach meiner Ansicht für die Öffentlichkeit erhalten bleiben. Dies wird

uns jedoch zu erheblichen Investitionen zur Substanzerhaltung zwingen.

Für den Bereich besondere Dienstleistungen im Umweltmanagement kann ich nur sagen: Ich war über lange Jahre skeptisch. Ich bin jedoch heute überzeugt, dass die lokale Agenda eine wichtiger, wenn nicht der wichtigste Impulsgeber, grade auch in den immer mehr an Bedeutung gewinnenden Bereichen wie Klimaschutz und Klimaanpassung auf lokaler Ebene ist. Die Unterstützung dieser Bereiche hat für mich schon jetzt ihren freiwilligen Charakter verloren, wenn sie auch erst in der Zukunft wirken werden. Kürzungen in diesem Bereich halte ich für falsch.

Meine Damen und Herren, ich sehe die Einsparmöglichkeiten nicht.

Bund und Land sind nach unserer Verfassung verpflichtet für eine ausreichende finanzielle Ausstattung zu gewährleisten. Dieser Verpflichtung verweigern sie sich nunmehr und verpflichten die Gemeinden durch sogenannte sich gegenseitig zu finanzieren und kassieren dabei sogar Gemeinden wie Wetter ab, die Ihrerseits ein Haushaltssicherungskonzept aufgestellt haben. Es tut mir leid meine Damen und Herren, aber eine Abundanzumlage, die die Stadt Wetter streng genommen dazu zwingen würde die Grundsteuer B um 61%-Punkte zu erhöhen, lehne ich rundheraus ab, bei aller Solidarität. So etwas überhaupt Abundanzumlage also Überflussumlage zu nennen, ist freundlich ausgedrückt ein Euphemismus etwas weniger fein ausgedrückt eine Frechheit und ein Schlag ins Gesicht für alle Gemeinden, die ihr Möglichstes

tun, um den Spagat zwischen Serviceleistungen für die Bürger und einer grade noch tragbaren finanziellen Belastung dieser Bürger hinzubekommen.

Durch Stellenabbau und Aufgabenverlagerung wurde versucht, diesem Problem zu begegnen. Die Arbeitsverdichtung hat dabei ein Ausmaß angenommen, das nicht mehr verantwortbar ist.

Ich möchte an dieser Stelle daher seitens meiner Fraktion ganz deutlich der Belegschaft der Stadtverwaltung Wetter sagen: Wir wissen unter welcher Belastung die Mitarbeiter der Stadtverwaltung stehen, und wir fordern daher eine Zurückführung dieser Arbeitsverdichtung durch konsequente Aufgabenkritik so schnell es nur geht. Sofern es noch Rationalisierungsmöglichkeiten gibt, sind diese zu nutzen ohne weiter Personal abzubauen. Guter Service setzt eine gesunde und motivierte Belegschaft voraus.

Und auch bei den Erhöhungen der Gemeindesteuern sind wir mit den bereits beschlossenen Beträgen am an einer Grenze angekommen. Mehr geht nicht. Wir können nicht die allgemeine Einkommensentwicklung ausblenden, denn die Jahre der schwarz-gelben Regierung haben in der breiten Bevölkerung zu einem massiven Kaufkraftverlust der breiten Masse geführt.

Nun noch ein abschließendes Wort zum geplanten AVU Aktienkauf. Ja, es ist viel Geld, was wir da im Haushalt sehen.

Dass sie, meine Damen und Herren von der FDP damit ein Problem haben, wundert mich nicht. Schließlich waren es ja die Neoliberalen Brandstifter ihrer jetzt, sie verzeihen mir Bitte, Gottseidank, Ex-Bundespartei, die nicht müde wurden mit ihren Privatisierungs-Abenteuer zur Überschuldung der Kommunen beizutragen. Mit Ihrem Gebetsmühlenartig vorgetragenen Mantra „Privat vor Staat“ sind sie angetreten, auch noch das letzte

Quäntchen Gemeinvermögens an private Heuschrecken zu verscherbeln, die dann in der Folge die breite Mehrheit der Bevölkerung umso besser ausnehmen können. Dies hat dazu geführt das sich ca. 90 % des Vermögens in der BRD in der Hand von nur noch 10% der Bevölkerung befinden. Und es hat zu einem Armutsbericht geführt der so zurecht gelogen worden ist, dass selbst ein Münchhausen schamrot geworden wäre, wenn er noch leben würde. Wie gesagt: Gottseidank sind die Menschen aufgewacht und haben diese Sorte von Brunnenvergiftern aus dem Bundestag gejagt.

Deshalb haben Sie Verständnis dafür, wenn ich große Sympathien dafür hege, mit einer Aktienbeteiligung an der AVU ein Versorgungsunternehmen zunehmend zu rekommunalisieren. Und ich teile nicht die abstruse Auffassung der Grünen nicht genügend Einfluss gewinnen zu können und es deshalb ganz zu lassen. Meine Damen und Herren von der grünen Fraktion, mit dieser Begründung sollten Sie ihre Tätigkeit in diesem Rat nochmals überdenken, denn beeinflussen konnten Sie in der Vergangenheit auch nicht wirklich viel. Aber hören Sie deswegen mit Ihrer politischen Tätigkeit auf?

Meine Damen und Herren, der Erwerb von Aktien ist die uns gegebene Möglichkeit, Einfluss auf die Bedingungen der Energieversorgung der Stadt Wetter zu nehmen. Ich denke wir sind gegenüber dem Bürger in der Pflicht, diese Möglichkeit zu nutzen. Meine Damen und Herren, durch unser Mandat haben wir den Bürgern gegenüber Verantwortung übernommen. Diese Verantwortung gegenüber dem Bürger kann auch von uns verlangen, Entscheidungen zu treffen, die mit Risiken behaftet sind. Ich bin bereit mich dieser Verantwortung zu stellen, zumal

dann wenn es sich um überschaubare Risiken handelt. Daher müssen wir uns und dem Bürger die Option zum Aktienerwerb offen halten, ganz unabhängig davon, ob wir diese Option auch nutzen können.

Meine Damen und Herren, Ich habe an dem hier vorliegenden Haushaltssicherungskonzept und damit an dem Haushalt einiges kritisiert. Wenn Sie mich jetzt fragen warum ich dem Haushalt und dem Haushaltssicherungskonzept dennoch zustimme so kann ich Ihnen nur die folgenden Gründe nennen.

Erstens bin ich nach der Gemeindeordnung verpflichtet einen Haushalt zu beschließen.

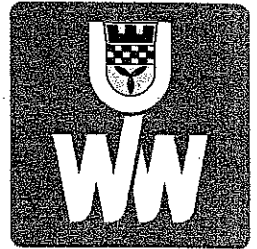
Zweitens ist eines für mich sonnenklar: Wir, die Stadt Wetter allein bekommt das Problem nicht in den Griff. Wir können weiter drastisch kürzen, neue Gebühren erfinden, Geld für Berater ausgeben, das verbliebene Tafelsilber verkaufen und uns mit Public Private Partnership zusätzlich verschulden. Aber ich sehe nicht, wie wir uns selbst aus dem Überschuldungssumpf ziehen können.

Ich werde diesen Haushalt und das Haushaltssicherungskonzept, das ich in weiten Teilen für falsch und schädlich halte heute beschließen, in der Hoffnung, dass die künftige Entwicklung uns ermöglichen wird, nicht alle Maßnahmen in vollem Umfang umsetzen zu müssen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Unabhängige Wählergemeinschaft Wetter - UWW -

Fraktion im Rat der Stadt Wetter



Rede zum Haushalt 2014 – Entwurf -

Es gilt das gesprochene Wort 19.12.2013

Die Politik hat nicht zu rächen, was geschehen ist. Sondern zu sorgen, dass es nicht wieder geschehe.

Otto von Bismarck – preußischer Politiker

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Ratskolleginnen und Kollegen,
verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer,
verehrte Pressevertreter,

last but not least – verehrte Verwaltungsmitarbeiterinnen und Mitarbeiter und selbstverständlich mit eingeschlossen ist das RPA.

Das vergangene Jahr hat politisch einiges bewegt, wie wir schon von den Vorrednerinnen und Redner gehört haben. Positiv ist die Aussicht, dass man bald wieder über die Kaiserstraße fahren kann ohne seekrank zu werden, bzw. blaue Flecken zu bekommen.

Negativ aus unserer Sicht ist, dass der B-Plan Stork verabschiedet wurde, wenn auch mit knapper Mehrheit. Unser Einsatz hat sich gelohnt, hat es sich doch gezeigt, dass die Bürger in unserer Stadt immer mündiger werden. Der Protest hat die Bebauung am Stork schon 5 Jahre hinausgezögert.

Enttäuschend war für uns dabei, dass bei den Anfängen des Stork Protestes jemand die Fahne ganz hoch gehalten hat und sich später zum entschiedenen Stork Gegner entpuppte. Es mag sein, dass ein solches Verhalten für viele Politiker ganz normal ist, für uns nicht.

Der Protest der „Stork Gegner war schon für das kleine gallische Dorf namens Volmarstein eine große Leistung. Wir danken allen „Storkianern“ und sagen lasst euch nicht entmutigen, weiter so.

Aber Hut ab vor der Vergangenheit und Ärmel hoch für die Zukunft. Die „Vordere Heide“ steht nun zur Diskussion. Zunächst ließ der Antrag der SPD-Fraktion noch hoffen. Auch der Bürgermeister trat stark auf. Die FDP hat ihre Linie konsequent fortgesetzt, verständlich. Die CDU hat einen 3-fachen Salto rückwärts gemacht und ist nun für das Gewerbegebiet „Vordere Heide“. Die SPD ließ sich anstecken und zog ihren Antrag zurück. Somit ist das Gewerbegebiet „Vordere Heide“ weiter

UWW - Unabhängige Wählergemeinschaft Wetter — Fraktion

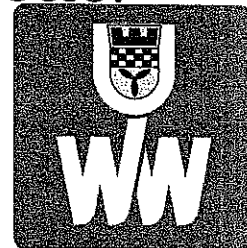
Fraktionsvorsitzender: Gerd G. Michaelis Gartenstr. 87a, 58300 Wetter 02335-802823

Stellv. Fraktionsvorsitzender: Manfred Schäfer, Buchenstr. 28. 58300 Wetter 02335-974797

Konto: Stadtparkasse Wetter – Blz. 452 514 80 Konto 630 801 9

Unabhängige Wählergemeinschaft Wetter - UWW -

Fraktion im Rat der Stadt Wetter



Seite 2 zur Haushaltsrede 2014 -

19.12.2013

voll im Verfahren. Aufgrund des Gutachtens des EN-Kreises ist die „Vordere Heide“ ein heißer Favorit. Was haben uns die Lippenbekenntnisse im Vorfeld gebracht? N i c h t s – Also waren meine Kommentare „niemand hat vor eine Mauer zu bauen“ oder „eine große Koalition wird es mit mir nicht geben“ (war das Frau Kraft oder Peter Zinn?) nun haben wir die große Koalition.....und mit der „Vorderen Heide“ wird es nicht anders kommen.

Haushaltsplanentwurf 2014

Beim durchstöbern des Haushaltsplanes kam mir der Spruch von Wilhelm Busch in den Sinn: *Stets findet Überraschung statt, da wo man's nicht erwartet hat.* (Trifft auch für das Verhalten der CDU im vorhergehenden Punkt zu)

Im Vorwort habe ich an einigen Stellen versucht die Zahlen nach zu vollziehen, vergebens. Wie man hört sind falsche Zahlen reingerutscht. Bei so vielen Seiten kann das passieren und ist auch weiter nicht schlimm, es ist ja auch nur ein Vorwort, das man beliebig ändern kann, wie uns schon die jüngste Vergangenheit gelehrt hat.

Bedenklich erscheint mir dann schon der Schwund des Eigenkapitals, dessen Ergebnis mal eben kommentarlos im Haushalt 2014 auftaucht. Leider haben die „Grünen“ das dann doch aufgedeckt.

Die Bilanz für 2008 und der Abschlussbericht des RPA liegen vor. Es gibt immer noch viele offene Fragen, die es schwer machen dem Prüfungsbericht zu zustimmen. Das Jahr 2013 ist schon fast Vergangenheit. Es fehlen immer noch vier Bilanzen und die 5. müsste in einem ½ Jahr vorgelegt werden.

Es verwundert uns doch, dass die Bilanz-Prognose 2008 - aus dem Jahre 2012 - noch von einer Zunahme des Eigenkapitals ausgeht, für dasselbe Jahr 2008 prognostiziert der Kämmerer in 2013 plötzlich einen nicht unerheblichen Werteverzehr. Es scheint eine richtige Wundertüte zu sein, diese Bilanz. Dabei sind die Regeln für die Erstellung einer Bilanz doch bekannt. Sicher, der Umstieg von Kameralistik auf das NKF hatte Tücken in sich und die Handreichungen der Regierung wurden wiederholt angepasst. Aber fast alle Kommunen haben ihre Bilanzen doch trotzdem mittlerweile auch fertig gestellt.

UWW - Unabhängige Wählergemeinschaft Wetter — Fraktion

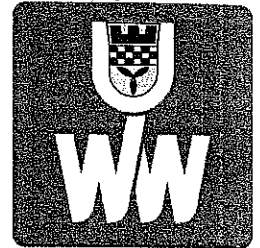
Fraktionsvorsitzender: Gerd G. Michaelis Gartenstr. 87a, 58300 Wetter 02335-802823

Stellv. Fraktionsvorsitzender: Manfred Schäfer, Buchenstr. 28. 58300 Wetter 02335-974797

Konto: Stadtparkasse Wetter – Blz. 452 514 80 Konto 630 801 9

Unabhängige Wählergemeinschaft Wetter - UWW -

Fraktion im Rat der Stadt Wetter



Seite 3 zur Haushaltsrede 2014 -

19.12.2013

Es kann doch wohl nicht wahr sein, dass heute einem Haushalt zugestimmt werden soll, dessen materielle Grundlage – nämlich die Bilanzen der Vorjahre – zum größten Teil nicht vorhanden sind. Mit meinem Verständnis als gelernter Buchhalter und langjähriger Berater ist das nicht zu vereinbaren.

Die Ausgabenseite des Wetteraner Haushaltes ist, aus Sicht der UWW, noch immer nicht annähernd an den realistischen Einnahmen angepasst. Eine weitere Verschuldung, zu Lasten der kommenden Generationen, muss unbedingt vermieden werden.

Auch Schulden, die zurzeit noch außerhalb des Haushaltes dargestellt werden, gehören dazu – siehe Investorenlösung beim Stork. Irgendwann holen uns diese Kosten ein, wie schon bei den anderen Gewerbegebieten. Auch sei an die Damokles Schwerter wie Abundanz- Umlage, Rückforderungen etc. erinnert.

Viele HASIKO Maßnahmen greifen derzeit nicht – exemplarisch sei die Werbung im Hallenbad angeführt, für deren Umsetzung wir mehr als nur eine Hand gereicht haben – nichts desto trotz lässt man hier unseres Erachtens lieber die SFA Sitzungen ausfallen, als sich mit einem solchen Thema intensiver zu beschäftigen.

Die Zukunft des Hallenbades stellt uns Alle vor große Hürden: denn bei den reduzierten „Schwimmernöglichkeiten“ in Wetter (bedingt durch die Abschaffung bzw. Außerbetriebnahme der Lehrschwimmbecken) und dem leider tragischen Unfall in diesem Jahr, ist die Bedeutung dieses Bades mehr als essentiell für Wetter und seine Bürger. Zwar hat der Hauptausschuss hier mit einem einstimmigen Beschluss zur Renovierung ein gutes Zeichen gesetzt, jedoch sollte das ganze Thema, wie im SFA beschlossen, grundlegend überarbeitet werden.

Die Kennzahlen, die probeweise in den Haushaltsplan aufgenommen wurden, erwiesen sich in den meisten Fällen als nicht belastbar. Hier muss für 2014 ein geändertes Konzept erarbeitet werden. Für uns sind diese Kennzahlen unverzichtbar für die Auseinandersetzung mit dem Haushalt.

UWW - Unabhängige Wählergemeinschaft Wetter — Fraktion

Fraktionsvorsitzender: Gerd G. Michaelis Gartenstr. 87a, 58300 Wetter 02335-802823

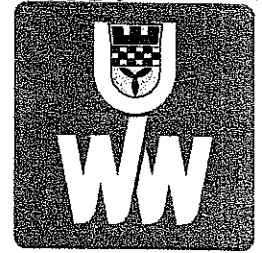
Stellv. Fraktionsvorsitzender: Manfred Schäfer, Buchenstr. 28. 58300 Wetter 02335-974797

Konto: Stadtparkasse Wetter – Blz. 452 514 80 Konto 630 801 9

Unabhängige Wählergemeinschaft Wetter

- UWW -

Fraktion im Rat der Stadt Wetter



Seite 4 zur Haushaltsrede 2014 -

19.12.2013

Und nun zum Thema Ankauf von Aktien, dargestellt im Haushaltsentwurf 2014.

Der Energiemarkt ist in den letzten Jahren in Bewegung geraten und keiner weiß wohin die Reise geht. Der Zickzack Kurs der letzten Bundes-Regierung, die Auswirkungen der Naturkatastrohe von Fukushima auf die Energiepolitik, die sich mehrenden Einsprüche gegen Kraftwerksbauten, Überlandleitungen etc. haben den Markt unkalkulierbar gemacht. Die Eröffnung des Verfahrens gegen die BRD wegen des EEG kann weitere gravierende Folgen haben.

EON hat schon weit über 10.000 Arbeitsplätze vernichtet (u.a. Ruhrgas); weitere Arbeitsplätze werden entfallen. RWE hat auch bereits 6.000 Arbeitsplätze abgebaut und weitere 6.700 werden in Kürze folgen, davon alleine 4.500 in Deutschland.

Sicher, die AVU ist kein Erzeuger; deshalb trifft auch die Aussage des Ministers für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk in NRW nicht unmittelbar zu: *mit Energie kann man heute kein Geld mehr machen* (Zitat des Kämmerers von Essen).

Aber im Handel liegt auch die Unwägbarkeit. Die AVU hat, nach eigenem Bekunden, eine kluge Einkaufspolitik gemacht. Was passiert, wenn man sich mal verzockt und durch einen Preisverfall auf der Abnehmerseite die eingekaufte Energie teurer ist als die zu erzielenden Entgelte? Oder noch wahrscheinlicher scheint es, dass durch einen Energieengpass (natürlich oder künstlich herbeigeführt) die Strompreise am Spotmarkt derart steigen, dass die einzukaufende Energie zu dem Preis nicht an die Verbraucher abgesetzt werden kann. **Was passiert dann? Gibt es dann noch eine Dividende?**

Kann man davon ausgehen, dass das nicht passiert? Was war denn mit der Ruhrgas? Man hatte langfristige Lieferverträge mit der GAZPROM abgeschlossen. Plötzlich sank der Gas-Preis auf dem Weltmarkt erheblich. Die Ruhrgas konnte ihren Kunden das teure Gas nicht verkaufen, musste zwangsläufig die Preise massiv senken und setzte bei jedem gelieferten Kubikmeter Gas zu, musste trotzdem das Gas sowohl mengen- als auch preismäßig abnehmen.

UWW - Unabhängige Wählergemeinschaft Wetter — Fraktion

Fraktionsvorsitzender: Gerd G. Michaelis Gartenstr. 87a, 58300 Wetter 02335-802823

Stellv. Fraktionsvorsitzender: Manfred Schäfer, Buchenstr. 28. 58300 Wetter 02335-974797

Konto: Stadtparkasse Wetter – Blz. 452 514 80 Konto 630 801 9

Unabhängige Wählergemeinschaft Wetter - UWW -

Fraktion im Rat der Stadt Wetter

Seite 5 zur Haushaltsrede 2014 -

19.12.2013



Die RWE hat in der letzten Woche, laut Presseberichten, durchblicken lassen, dass Betriebsteile stillgelegt werden müssen und man sich von Sparten und auch Beteiligungen trennen wird um zu überleben. Können auch die Beteiligungen an der AVU abgestoßen werden und Heuschrecken oder ausländische Atomstrom-Konzerne die Aktienmehrheit übernehmen?

Wir hoffen, dass dies alles nicht passiert, aber die Ungewissheit ist nun mal da. Also muss doch bei der Kalkulation nicht nur „Best Case“ gerechnet werden – wie es in der Vorlage geschehen ist, sondern es sollte auch eine „Worst Case“ Betrachtung vorgelegt werden. Zumindest muss eine Durchschnittsberechnung erfolgen der so genannte „Average Case“ und auch dieser fehlt. Also müssen die politischen Gremien die Rolle des Advocatus Diabolie übernehmen.

Heute eine Prognose Rechnung auf der Grundlage der Dividende für das Jahr 2012 für <30 Jahre aufzustellen, ist in meinen Augen mehr als grob fahrlässig.

Die, bei einem 5%igem Aktienanteil, noch nicht einmal sichergestellte , gewünschte Mitbestimmung bei der Energieversorgung in allen Ehren, aber nicht zu diesem Preis. Sollte dieser Rat jedoch der Meinung sein, dass auch bei einem Totalausfall der Dividende das Projekt aus Energiepolitischer Sicht Sinn macht wäre eine neue Standortbestimmung notwendig.

Lassen Sie mich das Thema abschließen mit dem Zitat:

"You get whatever you expect to get. The only question is: what do you want?"

M.V. Hansen

UWW - Unabhängige Wählergemeinschaft Wetter — Fraktion

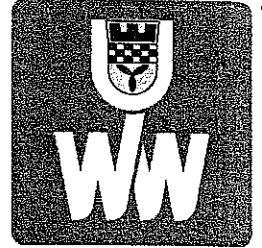
Fraktionsvorsitzender: Gerd G. Michaelis Gartenstr. 87a, 58300 Wetter 02335-802823

Stellv. Fraktionsvorsitzender: Manfred Schäfer, Buchenstr. 28. 58300 Wetter 02335-974797

Konto: Stadtparkasse Wetter – Blz. 452 514 80 Konto 630 801 9

Unabhängige Wählergemeinschaft Wetter - UWW -

Fraktion im Rat der Stadt Wetter



Seite 6 zur Haushaltsrede 2014 -

19.12.2013

weitere Themen will ich nur kurz anreißen:

- Ein belastbares Verkehrskonzept Volmarsteiner Süden muss endlich her. Die Einfädelspur auf der Vogelsanger Straße (welche Kosten sind angefallen und wer wird sie tragen?) führt mehr zu Irritationen als zu Entlastungen. Wir glauben, da werden auch Verkehrsschilder, so die denn mal kommen werden, wenig helfen, das Model ist zu unbekannt.

Der Kreisverkehr in der v.d. Recke Str./Köhlerstr. ist für ein Gesamtverkehrskonzept Volmarstein nicht tragbar.
- Das Dorfplätzchen in Wengern wird es sicher nicht richten. Ob mit diesen „Magneten“ Einzelhändler überzeugt werden können sich in Wengern nieder zu lassen? Die Zukunft wird es zeigen.
- Erhalt und Stärkung der Ortszentren statt übergreifender Planung allein für Alt-Wetter und das Einkaufszentrum? Geht die Kaiserstr. wirklich über Alles?

Die UWW-Fraktion hat auch in diesem Jahr wieder mehrere Anträge mit haushaltsrelevanten Fakten eingebracht. Diese Anträge wurden von der Mehrheit des Rates bzw. der Ausschüsse, wie schon gewohnt, abgelehnt. Da man unsere Hinweise ignoriert hat, können wir dem Haushalt nicht zustimmen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit

UWW - Unabhängige Wählergemeinschaft Wetter — Fraktion

Fraktionsvorsitzender: Gerd G. Michaelis Gartenstr. 87a, 58300 Wetter 02335-802823

Stellv. Fraktionsvorsitzender: Manfred Schäfer, Buchenstr. 28. 58300 Wetter 02335-974797

Konto: Stadtparkasse Wetter – Blz. 452 514 80 Konto 630 801 9